Einzelnummer Kč 2·—
Abonnement halbjährig Kč 45·—
Redaktion und Administration:
Prag I, Dlouhá 41 • Telefon 626-30
27. Jahrgang • Nummer 42
12. Okt. 1933 • 22. Tischri 5694

Selbstwehr

Jüdisches Volksblatt

Die große Judendebatte in Genf

Deutschlands Verteidigung

Wer da geglaubt hat, der Völkerbund werde diesmal die Judenfrage lösen, oder auch nur die aktuelle Judennot durch klare Entschlüsse beseitigen, mag durch das Ergebnis von Genf, das heute schon vorausgesehen werden kann, enttäuscht sein. Aber es ist seine Schuld; denn wer die Konstruktion des Völkerbundes kennt, konnte eine solche Tat von ihm nicht erwarten. Der Völkerbund ist mit einem Geburtsfehler behaftet: er hat sich das Gesetz gegeben, daß seine Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden dürfen; dies ist freilich ein Geburtsfehler, der seltsamerweise die Geburt erst ermöglicht hat; denn nur um diesen Preis, daß eine Majorisierung nicht stattfinden kann, konnte er überhaupt entstehen. Aber dieses Gesetz ermöglicht es natürlich jedem Staat, Beschlüsse, die ihm nicht passen, zu sabotieren. Es ist ganz klar, daß Deutschland von diesem Recht den ausgiebigsten Gebrauch gemacht hat, und noch machen wird.

Also war das Ganze nur ein Theater? Ein Rührstück, in dem menschenfreundliche Diplomaten theoretische Redeübungen über die Herrlichkeit des jüdischen Palästina, über Humanität und Minoritätsrechte hielten?

Die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte. Die Genfer Aussprache war mehr als eine bloße Unterhaltung von Diplomaten.

Vielleicht ist es der einzige Fortschritt in der internationalen Diplomatie, daß es heute doch etwas wie eine öffentliche Meinung gibt, die durchaus nicht bedeutungslos ist. Die Beziehungen der Staaten untereinander nehmen ja, wenn auch viel langsamer, dieselbe Entwicklung, wie die rechtlichen Beziehungen zwischen den Einzelindividuen; und vielleicht wird es in 1000 Jahren bereits die glückliche Zeit geben, in welcher die Staaten — wohl noch lange vom Ideal der Humanität entfernt — wenigstens in ähnlichen rechtlichen und sittlichen Beziehungen zueinander stehen werden, wie sie heute zwischen den einzelnen Personen bestehen. Hier gibt es zwischen dem strengen Recht und der Sittlichkeit die Mittelzone der öffentlichen Meinung; der Achtung und der Verachtung. Sie gehört zu jenen Inponderabilien, welche lange nicht so gewichtlos sind, wie ihr Name zu sagen scheint, und welche, entweder summiert, oder im richtigen Moment, in entscheidender Situation in die Waagschale geworfen, recht oft ausschlaggebend sein können. Eine solche öffentliche Meinung beginnt nun allmählich auch unter den Staaten Platz zu greifen, und sie hat in der Entwicklung der letzten Jahrzehnte eine Stätte gefunden, an der sie in fast offizieller Weise zustande kommt; und das ist der Völkerbund.

Und in dieser Beziehung hat sich diesmal in Genf Entscheidendes abgespielt.

Die deutsche Regierung war nicht nur isoliert, sie befand sich geradezu in Verteidigungsstellung. Die Art dieser Verteidigung aber war — vom Standpunkt jener öffentlichen Meinung — entscheidend.

Es war ein einfaches Verteidigungssystem; es beruhte auf einer kleinen Zahl primitiver Argumente; hier sind sie gesammelt:

1. Goebbels hat in seiner Rede zugegeben, daß Verschiedenes gegen die Juden vorgefallen sei . . . Was war es? Es waren „gelegentliche Uebergriffe unkontrollierbarer Elemente.“ Diese Verteidigung ist nicht gerade neu. Und man weiß, was diese „gelegentlichen Uebergriffe“ bedeuten.

2. Weiters sagte Goebbels: Wenn die deutsche Regierung die Auseinandersetzung mit den Juden auf gesetzmäßige Weise vornahm, so wählte sie damit die humanste Methode. — Nennt man human, wenn das, was sonst nur als Gesetzesverletzung oder als Affekthandlung überhaupt menschlich erklärlich ist, zum Gesetz erhoben wird? Konnten seine Zuhörer diese Verwendung des Wortes „human“ anders denn als Spott auffassen?

3. Man führte das neue Wort Dissimilation ein; das war schon in Bern. Es müsse einem Volk erlaubt sein, die Assimilation eines fremden Volkes zu verhindern. — Richtig. Aber ist damit das Recht gegeben, es zu entrechten? Ist nicht gerade das Minoritätsrecht eine Voraussetzung ehrlicher Dissimilation? Auch dieses große Argument von Bern ist eine seltsame Umkehrung.

4. Das Standardargument war: Die Judenfrage ist eine innerdeutsche Angelegenheit; niemand darf da hineinreden. — Es ist der große Fortschritt des Völkerrechts, und aller internationalen Rechtsentwicklung, daß nicht alles innere Angelegenheit eines Staates ist; daß es eben gewisse Menschenrechte gibt, welche Angelegenheit der ganzen Menschheit sind. Auch hier ist ein Vergleich mit dem Privatrecht lehrreich. Auch ein Verbrecher könnte sagen: Daß ich dies getan habe, ist meine Privatangelegenheit; ich bin ein freier Mensch und lasse mir nichts in meine Privatangelegenheit hineinreden. Es ist eben der Sinn des Strafrechtes, daß es in gewisse Privatangelegenheiten hineinredet. Und nicht anders ist es im internationalen Recht. Die Verletzung von Minderheitsrechten ist keine innere Angelegenheit eines Staates mehr.

5. Herr von Keller war sehr für Minoritätsrechte. Aber die Juden sind keine Minorität; sondern: sie sind ein bevölkerungspolitisches und soziales Problem; das ganze ist überhaupt eine Angelegenheit sui generis. — Hier liegt dieselbe Verkennung des Rechtsbegriffes vor. Im Grunde ist ja jedes Geschehen sui generis. Nichts wiederholt sich vollkommen. Es liegt aber im Wesen des Rechts, daß es gewisse Ereignisse ihres Sui generis-Charakters entkleidet, daß es gewisse Handlungen aus der feinen Verflechtung der Sui-generis-Kausalitäten herausschält und als „typische“ Handlungen kategorisiert, verbietet, bestraft. Ein jedes Verbrechen ist sui generis. Aber das hindert den Richter nicht, darauf keine Rücksicht zu nehmen und es als eine Handlung typischer Art zu beurteilen. Nicht anders ist es im internationalen Recht. Daß die Juden — trotz ihres Sui generis-Charakters — zumal wenn sie als Bevölkerungsteile so deutlich von den andern geschieden werden, wie es die deutsche Gesetzgebung getan hat, eben damit Minoritätscharakter erhalten und den Schutz der Minorität genießen müssen, das wahr wohl jedem Teilnehmer der Genfer Sitzung klar und wurde auch — am deutlichsten von Minister Beneš — ausgesprochen.

6. Am überraschendsten drückte sich aber der deutsche Vertreter Dr. Ritter aus: Was ist den Juden eigentlich geschehen? „Weil die neuen Verhältnisse ihnen nicht mehr den Genuß ihrer Vorzugsrechte oder keine Erfüllungsmöglichkeit für selbstische Wünsche gestatteten, verließen sie das Land.“ Es ist kaum fraglich, welchen Eindruck dieses Argument auf die Staatsmänner ausüben mußte, welche immerhin einige Erfahrungen über die in ihr Land geflüchteten jüdischen Emigranten hatten.

7. Es ist vielleicht gut, zur Krönung dieses Rechtssystems noch ein Wort hinzuzufügen, das nicht in Genf gesprochen worden ist, sondern auf dem Juristentag, aus dem Munde des Justizministers Kerrl: „Was ist Recht? Recht ist, was Deutschland nützt und Unrecht ist, was Deutschland schadet.“

Mehr braucht man wirklich nicht zu sagen. Mit diesem Argument werden alle andern überflüssig. Denn schwerlich kann man einen Begriff so schlagend in sein Gegenteil verkehren, wie es hier geschehen ist. In Wahrheit kann man „Recht“ weit eher durch die Negierung des Kerrl'schen Rechtsbegriffes definieren: Recht ist das, was nicht davon abhängt, ob es mir, oder meiner Gruppe, oder meiner Nation nützt oder schadet.

Der Prozeß, der in Genf geführt wird, ist noch nicht zu Ende. Er wird mit keinem Urteilsspruch enden. Aber diese Art „Verteidigung“ ist in Wahrheit eine Selbstverurteilung, die auf jeden Menschen mit Rechtsgefühl einen viel tieferen Eindruck machen muß, als es je ein Urteilsspruch vermöchte.

—uch.

Von unserem nach Genf entsandten Sonderberichterstatter

Der Völkerbund war in der letzten Woche der Schauplatz von Debatten über die aktuelle Judenfrage. Von drei Themen hier wurde die Frage behandelt: Palästina, Emigranten, Minoritäten.

Vor allem ist es hier zu einer aktuellen Darlegung des diplomatischen Standpunktes der deutschen Regierung gegenüber der Judenfrage und der Beleuchtung, die sie im Ausland erfährt, gekommen. Und da dies zum erstenmal mit solcher Ausführlichkeit geschah, kann zumindest wohl das Resumé der Diskussionen und Verhandlungen, die sich über eine ganze Woche hinzogen, zu Recht Anspruch auf Interesse machen.

Palästina

Der offizielle Bericht: das prosperierendste Land der Welt — Mehrere Hunderttausend Juden können in den allernächsten Jahren einwandern — Die Rede Beneš's

Den Reigen der „jüdischen“ Diskussion eröffnete der Bericht, den der vom Völkerbund bestellte Rapporteur über die Völkerbundsmandate, — der Generalsekretär der interparlamentarischen Union, der Norwege Dr. M. Lange. — gab. Er sprach nur ganz kurz von den afrikanischen und den syrischen Mandatarländern und widmete den Hauptteil seines Referats — Palästina.

Er beglückwünschte, ohne der Araber Erwähnung zu tun, die englische Mandatarmacht und die Jewish Agency zu dem sozialen und politischen Bild, das das heutige Palästina gibt. Die Errichtung des jüdischen Nationalheims, sagte er, macht Riesenschritte vorwärts und die ganze Idee darf als die glücklichste, die je im Völkerbund behandelt wurde, bezeichnet werden. Die ökonomische Situation im Lande sei ausgezeichnet, sie werde sehr durch den Emigrantenstrom gehoben, der in den letzten Monaten dorthin geflutet ist und es wäre im Interesse des Landes, des Völkerbundes und der Welt sehr zu wünschen, wenn eine möglichst große Zahl von Einwanderern schon in allernächster Zukunft nach Palästina käme. Das Land kann sie alle aufnehmen. Es ist imstande, „to settle several hundred thousands of jews in the very next future“, mehrere Hunderttausende von Juden sich in der allernächsten Zukunft ansiedeln zu lassen.

Einer der Höhepunkte der Debatte war die Rede des Außenministers Dr. Eduard Beneš, der erklärte, er beteilige sich an dieser Aussprache einerseits deshalb, weil er den intellektuellen, vom guten Willen der Teilnehmer durchpulsten Kampf liebe, ferner deshalb, weil er sich am Ende dieses Kampfes als Sieger fühle. Ist es gerecht, richtig und mit den Grundsätzen des Völkerbundes vereinbar — fragte Dr. Beneš — wenn verschiedene Einzelheiten der Minderheitenverträge jener Staaten, in denen die Grundrechte der Minderheit respektiert werden, geprüft werden, während die Minderheiten der übrigen Länder nicht geschützt sind und nicht respektiert werden, und der Völkerbund sich mit ihnen nicht befassen will oder befassen kann?

In der Frage der Juden, insbesondere ob sie eine Minderheit sind oder nicht, stellte Dr. Beneš fest:

a) Sämtliche Minderheitenverträge, die über die Judenfrage handeln, betrachten die Juden als Rassen- und konfessionelle Minderheit.

b) Jede Aktion, die vom Völkerbunsrat oder von anderen Organen unternommen wurde und die Juden als Bürger dieses oder jenes europäischen Staates betrachtet, ist auf der rechtlichen und politischen Doktrin basiert, daß die Juden als Rassen- und konfessionelle Minderheit angesehen werden. Ich glaube, daß wir nicht neue Probleme des internationalen Rechtes unter dem gegenwärtigen unlösbaren Zustande schaffen wollen und daß wir uns an diese Theorie halten sollen.

Schließlich stimmte Minister Dr. Beneš den Erklärungen und Anträgen des schwedischen und des polnischen Delegierten hinsichtlich einer Verallgemeinerung der Verträge zum Schutz der Minderheiten zu und bezeichnete die Theorie des deutschen Delegierten von Keller von der ethnischen Volkszugehörigkeit der Juden, ohne daß Dr. v. Keller genau die praktischen, politischen und rechtlichen Folgen darlegte, als eine Verkehrung der Rechtskonzeption, auf welcher die gegenwärtigen Minderheitenverträge und die internationalen Beziehungen der Staaten zu den verschiedenen Nationalitäten basiert sind.

Das wurde dann vom polnischen Bevollmächtigten, Raczinsky, noch weitgehender, beinahe enthusiastisch unterstrichen. Er sprach von den historischen Fäden, die die Juden mit dem Heiligen Lande verbinden und bat dringend, doch zumindest die von der Zionistischen Exekutive aufgestellte Forderung auf sofortige Bewilligung von 25.000 Einwanderungszertifikaten für das nächste Halbjahr zu bewilligen. Aber es solle all dies nicht etwa nur im Hinblick auf die deutschen Juden geschehen. Palästina sei vom Völkerbund allen Juden versprochen worden und die polnische Regie-

Fortsetzung auf Seite 2.

Eine historische Woche

E. C. Genf, am 9. Oktober.

Fragt man, was bei der einzigartigen Situation, in die die jüdische Sache diesmal gekommen ist, wirklich „herausspringt“, so muß — sehr vorsichtige Antwort gegeben werden.

Die Demonstration war einzigartig. Sie war mehr als das: historisch. Diese Genfer Woche wird zweifellos einmal von den Historikern als der komprimierte geschichtliche Ausdruck dessen, was jüdische Situation in dieser Epoche heißt, angesprochen werden. Und das nicht, weil wir mit Komplimenten überschüttet worden sind, nicht, weil man dem Palästinawerk noch nie dagewesene Anerkennung gezollt hat, sondern weil — die Völker der Welt die jüdische Frage in dem Maßstab aufgerollt haben, den sie für sie, den sie für die Welt besitzt.

Kam man früher an einen Genfer Diplomaten in den Couloirs heran und bat ihn, ein paar Worte über die jüdische Sache zu verlieren, sie in einer Kommission, in einem Bericht, in einer Paranthese zu erwähnen, so lehnte er (in unserem Interesse, es mit uns gut meinend) ab: Il ne faut pas mentionner ceca ici,… Und er hatte damit recht. Es hätte böses Blut gemacht, es hätte so ausgesehen, als wollte man gewisse Regierungen (Rumänien, Polen) sticheln, es wäre, kurz gesagt, eine Erwähnung jener Instinkte, jener Wahrheiten gewesen, von denen man hier stillschweigend übereingekommen ist, sie unerwähnt zu lassen…

Heute ist das grundlegend anders geworden. Man spricht nicht mehr vom „Antisemitismus“, von einem nicht ausgelebten, Naturtatsache gewordenen, salonunfähigen Volksinstinkt, wenn man von der Judenfrage spricht. Man rührt damit nicht mehr an eine Frage nichtjüdischen Benehmens, sondern an eine — jüdischer Situation. Die Fragestellung ist anders geworden. Sie heißt nicht mehr: Wie dulden wir die Juden?, sondern — was aber sollen die Juden tun? Dies ist das erste Aktivum, das wir hier zu verzeichnen haben.

Das zweite aber ist — die Antwort, die die Völker sich auf diese Frage — was also sollen die Juden tun — geben.

Diese Antwort lautet eindeutig: Palästina. Auch die Völker der Welt wissen sich, scheint es, nun keinen anderen Rat mehr… Auch bei ihnen hat Hitler aus Assimilanten gläubige Zionisten gemacht…

Es war ein merkwürdiges Gefühl, dieser Tatsache Augen- und Ohrenzeuge zu sein. Wir saßen auf den Pressebänken der politischen Kommission und sahen eine lange, unendlich lange Reihe von Staaten, in denen Juden wohnen, antreten und die Assimilation liquidieren. Manchmal sah es so aus, als stünden wir Juden an einem Waggonfenster und unten, mit Blumensträußen in der Hand, mit kleinen Mitgebrinsen, stünden auf dem Perron die — ehemaligen Gastgeber. Sie verabschiedeten sich. Es sei sehr schön gewesen, während all der Tage des Besuches bei ihnen, wir seien überhaupt liebe Menschen, eine belle race, eine illustre Rasse, aber nun, da wir abfahren, da wir wieder nach Hause zurückkehren, sei es, wenn auch kein freudiger, so doch ein feierlicher, allenfalls kein Traueranlaß…

Einmal mischte sich so, ziemlich erregt, der rumänische Vertreter ein, kurz nachdem der polnische die Auswandererrechte seiner Chaluzim angemeldet hatte. Er sprang ganz nervös auf und sagte: Das mit den polnischen Chaluzim sei ja ganz schön, aber — — man dürfe doch nicht vergessen, daß auch er, in Rumänien, eine Million Juden habe, die alle nach Palästina wollten…

Und da sie schon von Palästina sprachen, da die Trauerbekenntnisse zum jüdischen Nationalheim nur so durch den Raum schwirrten, so beschäftigte man sich, — eine ganze Woche lang, — auch mit dem Galuthproblem, mit der Juden innerlicher Stellung zur Umwelt, kurz mit — — Klazkins Theoremen.

Das war vielleicht die merkwürdigste Diskussion, die man hier je erlebt hat. Das war für die jüdischen Teilnehmer sicher eines der seltsamsten Erlebnisse überhaupt. Bérenger und nach ihm der Engländer, der Spanier und andere untersuchten, in welchem Staatsbürgerverhältnis der Jude zu seiner Umwelt stehe, obwohl er ein Nationalheim habe. Zwanzig Staaten und mehr, ausgehend von den nun einmal bestehenden Tatsachen der Unterschiedlichkeit von Juden und Nichtjuden, fragten wie man sich also das ideale Verhältnis der Juden zum Mehrheitsvolk, ihre Kulturbetätigung und ihren Patriotismus zu denken habe. Und zwanzig Staaten und mehr gingen hierbei davon aus, daß die Assimilationstheorien Schiffbruch erlitten hätten.

Es war, wenn man mit Geschichtsdaten reden will, die endgültige Liquidation einer jüdischen Entwicklungsepoche, die auf internationalem Forum begonnen hat mit — Napoleons Synhedrion.

Aber Genf ist nicht mehr, als ein Debattierklub. Genf hat deshalb für Völker, deren Geschichtsabschnitte durch tatsächliche, territoriale, allenfalls aber realpolitische Veränderungen bestimmt werden, keinen Wert. Für uns allerdings, deren Schicksalsebene im Weltanschaulichen liegt, deren Volksraum, deren eigentliches geschichtliches Territosagen, deren eigentliches geschichtliches Territorium die geistige Stellung der anderen zu uns und unseren selbst zu ihnen ist, — für uns hat Genf

einen Wert, gerade w e i l es nur redet und nichts tut, gerade weil es nur k u n d t u t. Wir werden uns deshalb mit den Ergebnissen von Genf aus der Distanz noch ausführlicher zu beschäftigen haben.

Und wir werden das tun, auch wenn sich herausstellt, was im Moment höchst wahrscheinlich ist: daß nämlich der praktische Wert der Auseinandersetzungen geringfügig ist.

Wie gesagt: Genf ist symptomatisch und nicht mehr. Für Realpolitiker gilt es also nur zu beurteilen, ob die Symptome, die sich hier zeigen, für eine Tat, vielleicht auch für eine Provokation, genügen oder nicht. Zu jüdisch: es galt zu beurteilen, ob die Stimmung der Völker gegen das Galuth und für Palästina ausreichte, um etwas für Palästina auch tatsächlich zu erreichen.

Hierüber gehen die Meinungen auseinander. Die Vertreter der Exekutive, die hier an der Vorbereitung der jüdischen Debatte teilgenommen haben, sind der Ansicht, daß man nicht mehr als die Symptombekundung erreichen konnte. Sie sind zufrieden mit dem Ergebnis, das im großen Ganzen eine Demonstration der Mächte für Palästina war und das mit einer unverkennbaren Spitze gegen England und seine Drosselung jüdischer Einwanderung.

Mir scheint freilich, daß es gut gewesen wäre, in dieser Woche der internationalen Presse (und damit der Genfer Oeffentlichkeit und Diplomatie) zu erklären:

Es gibt für uns keine andere Lösung der Judenfrage als Erez Israel. Was anderes getan wird, — von Hochkommissaren für Flüchtlinge oder wem immer, — hat unsere Sympathie, aber niemals unsere tatkräftige Unterstützung. Tut ihr es, um euch von lästigen Zuwanderern zu befreien, — so ist das eure und eine in der Tendenz antijüdische Sache. Wir protestieren dagegen, daß es als eine Gefälligkeit dem Judentum gegenüber in der Welt dargestellt wird. Es mag für einzelne Juden wünschens- und dankenswert sein. Für die Juden ist es das nicht.

Weshalb es das nicht ist, weshalb wir kein anderes Heim als Palästina haben, — das wißt ihr, Völker der Welt, nun auch. Es ist nun endlich auch euch klar geworden. Ihr habt es in einer historischen Woche bekundet.

Die jüdischen Führer in Genf empfangen die Presse

G e n f. Das Mitglied der Exekutive der Jewish Agency, Prof. Selig B r o d e t s k y, der Präsident des Comité des Délégations Juives, Leo M o t z k i n, und der Bevollmächtigte des englisch-jüdischen Joint Foreign Comittee, Professor Norman B e n t w i c h, die in Zusammenhang mit der Tagung der Völkerbundversammlung in Genf weilen, empfingen die Vertreter der Presse und informierten diese über die Arbeit und die Ziele der jüdischen Repräsentanten in Genf, die die Delegationen der verschiedener Länder über die jüdische Situation in Deutschland auf dem laufenden zu halten trachten.

Fortsetzung des Verhörs zum Arlosoroff-Mord

Das Verhör im Verfahren gegen die des Mordes an Dr. Arlosoroff Beschuldigten wurde in diesen Tagen fortgesetzt. Das Verhör leitete Hauptpolizeirichter Bodilly. Inspektor Schitrit brachte vor, daß die von dem vor einem Monat an einem Herzschlag verstorbenen Jerusalemer Hotelbesitzer Raphael Turjeman gemachten Bekundungen, daß Stawsky in der Mordnacht in seinem Hotel übernachtet hat, Bekundungen, die Turjeman übrigens in späteren Erklärungen abschwächte, nicht als Beweismaterial für eine gerichtliche Verhandlung dienen können, da erstens diese Aussagen nicht beschworen wurden und zweitens Turjeman nicht mehr in ein Kreuzverhör gezogen werden kann. Gegen diese Erklärung wandte sich Stawsky sehr heftig. Er betonte, die seinerzeitigen Bekundungen Turjemans hätten sein, Stawskys, Alibi erbracht. Stawsky erklärte weiters, Frau Arlosoroff sei keineswegs in der Lage gewesen, ihn oder jemand anderen zu identifizieren. Stawsky verharrte weiterhin bei seinem Standpunkt, daß seine Unschuld bereits erwiesen sei und forderte, daß nach dem Beispiel des Leipziger Reichstagsbrandprozesses und des Londoner Gegenprozesses auch für ihn und die Mitangeklagten gleichzeitig mit dem offiziellen Prozeß ein Gegenprozeß durchgeführt werde. Der Polizeiinspektor Schitrit, von Stawsky ins Kreuzverhör gezogen, gab zu, daß nicht bewiesen sei, daß Stawsky nach dem Morde auf dem Wege nach Jerusalem gesehen worden sei, dafür aber seien schwerwiegende Beweise dafür vorhanden, daß Stawsky in der Mordnacht in Tel Awiw gesehen worden ist. Stawsky protestierte erregt gegen diese Behauptung. Er weigerte sich, an dem weiteren Verhör teilzunehmen, als der Polizeirichter Bodilly eine Anzahl seiner weiteren Fragen nicht zuließ.

Auch Rosenblatt und Achi Meir zogen Schitrit ins Kreuzverhör. Achi Meir verlas Auszüge aus seinen Schriften, in denen er den Terror verurteilt und für Befriedung des innerjüdischen Streites eintritt. (Jta.)

Erleichterung der Einwanderung deutscher Juden nach Amerika

„Manchester Guardian“ bringt eine Mitteilung aus New York, wonach eingeweihte amerikanische Kreise mit einer Modifizierung der amerikanischen Einwanderungsvorschriften zugunsten der von der Hitlerbewegung und der deutschen Regierung verfolgten Juden bestimmt rechnen. Demnächst soll größeren Massen deutscher Juden die Einreise nach U. S. A. gestattet werden. Gewisse Elemente, die früher mit Ku Klux Klan verbunden waren, opponieren zwar diesem Plan sehr heftig, trotzdem, meint „Manchester Guardian“, wird sich der Gedanke der Einwanderungserleichterung für deutsche Juden durchsetzen.

Völkerbund zur Judenfrage

(Fortsetzung von Seite 1)

rung habe ein besonderes Interesse daran, daß auch ihre Bürger, die sich in Palästina ansiedeln wollen, berücksichtigt werden; denn es stecke ungeheuer viel Kapital und Kräfte begeisterter Hingabe polnischer jüdischer Bürger in dem, was Palästina heute ist.

Aehnlich sprach auch der rumänische Minister Constantin A n t o n i a d e.

Immerhin wurde durch diese allseitigen dringenden Forderungen, die hermetisch geschlossenen Tore Palästinas ein Spältchen weit zu öffnen, der englische Vertreter, der Minister O r m s b y - G o r e gezwungen, Stellung zu nehmen und — freundlich Stellung zu nehmeen. Auch er mußte zugeben, daß Palästina sich in besserer ökonomischer Lage befinde, als irgend ein ihm bekanntes Land. Ja, er mußte sogar, was ihm von arabischer Seite sehr verübelt werden wird — zugestehen, was noch kein englischer Staatsmann vor ihm gesagt hatte, daß der hervorragende ökonomische Zustand des Landes einzig und allein der jüdischen Einwanderung zu danken sei. Aber — was man an Menschen ins Land lassen könne, komme ohnedies herein; die energischen Forderungen der Kollegen von Polen und Rumänien seien überflüssig. In einer Periode, in der im letzten Jahre nur 5000 Juden ins Land einwanderten, bekamen in diesem Jahre 15.000 die Einwanderungserlaubnis. Und was die Verteilung dieser Erlaubnisse auf die verschiedenen Länder anginge (mit einem Seitenblick auf Rumänien und Polen, die für ihre Juden Zertifikate gefordert hatten), so sei das nicht Sache der englischen Regierung, sondern — der Juden selbst. Die Jewish Agency verteile die Zertifikate auf die verschiedenen Länder; der palästinensische Oberkommissar stelle nur die Gesamtzahl fest und das nach Maßgabe der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes. Die sei allerdings groß, aber doch bei weitem nicht so, wie der Berichterstatter annähme. Hunderttausende von Juden in den nächsten vier, fünf Jahren, — das seien Zahlen, für die keinerlei Unterlagen sich erbringen ließen. Das sei Prophetie und nicht Statistik.

Offenbar, um den Engländer, der mit seinen Erklärungen keinen übermäßig guten Eindruck gemacht hatte, nicht auf weiter Flur allein zu lassen, erhob sich der französische Gesandte Henry B é r e n g e r und erklärte, den Standpunkt der „benachbarten Mandatarmacht“ (bekanntlich steht Syrien unter französischem Protektorat) unterstützen zu müssen. Er trieb aber diese Unterstützung ein wenig zu weit. Er machte, als einziger, vor den Arabern und ihren Rechtsansprüchen Verbeugungen und wandte sich ferner gegen Minister Beneš. Die Frage der deutsch-jüdischen Emigration könne nicht im Zusammenhang mit Palästina behandelt werden. Das vom Völkerbund geplante neuzuschaffende Emigrantenwerk befasse sich mit den schon in deutschen Nachbarländern lebenden Juden, Palästina sei aber für kommende, planmäßige Auswanderung berechnet. Und deshalb — eben der Planmäßigkeit wegen — habe der Engländer mit seinen Einschränkungen recht.

Das ließ den Rabbiner in der Versammlung, J. D. F r i e d m a n n, nicht ruhig sitzen. Der Engländer, meinte er, stehe mit seinem Standpunkt allein da. Auch in England selbst. Denn die englische Volksmeinung betrachte die Frage nicht nach Statistiken und nicht nach aktuellen Judennöten, nicht als Hilfswerk für Emigranten, sondern — als heilige Pflicht, die England mit seinem Balfour-Versprechen auf sich genommen hat. Diese Zusage gelte es zu erfüllen und nicht sich hinter momentanen Tunlichkeitsrücksichten zu verschanzen.

Abschließend nahm der ständige deutsche Bevollmächtigte beim Völkerbund, Dr. von K e l l e r, das Wort und sagte, er wolle zu der prinzipiellen Frage, ob der Völkerbund überhaupt für die Behandlung der Angelegenheiten der deutsch-jüdischen Emigranten zuständig sei, im Moment noch nicht sprechen. Das werde er im gegebenen Zusammenhang tun. Nur in seiner Eigenschaft als Mitglied der Völkerbundversammlung, zu deren Mandatarländern Palästina gehört, wolle er bemerken, daß in der Tat Palästina für a l l e Juden gedacht sei und daß Palästina als ein Ganzes, nicht als ein Einwanderungsland für die Juden bestimmter Herkunftsorte zu betrachten sei.

Damit war die Palästina-Debatte zu Ende. Der Prozedur nach mußte nun ihr Ergebnis, wie alle Diskussionen der politischen Kommission — der Vollversammlung des Völkerbundes vorgelegt werden. Das geschah am vergangenen Samstag zum ersten Male in ausführlicher und besonders feierlicher Weise durch den hiefür ernannten Berichterstatter Dr. Lange (Norwegen), der sagte:

„Palästina ist wirklich diejenige Mandatsfrage, um die sich die ganze Aufmerksamkeit der politischen Kommission allein konzentriert hat. Fast alle Redner haben im Verlaufe der Debatte, die sich dort entwickelte, die bedeutsamen Fortschritte, die die Entwicklung des Landes macht, freudig verzeichnen können. Der englische Bevollmächtigte konnte zu diesem Thema geradezu erstaunliche Ziffern angeben.

Ich bin davon überzeugt, daß wir alle glücklich sind, hierfür die Mandatarmacht beglückwünschen zu können, die es verstanden hat, unter Berücksichtigung der nichtjüdischen Bevölkerung, ihre Pflichten in Bezug auf die Errichtung eines jüdischen Nationalheimes wahrzunehmen. Diese Pflichten sind, wie Sie wissen, im Mandat so formuliert worden: Das Mandat sieht die Schaffung eines politischen, ökonomischen und administrativen Zustandes vor, der die Errichtung eines Nationalheimes für das jüdische Volk sichert.

Und zu unseren Glückwünschen an die Mandatarmacht fügen wir alle unsere Glückwünsche an die Jewish Agency hinzu, die, trotz all der zahllosen Schwierigkeiten, sich ihrer großen Mission auch im vergangenen Berichtsjahr derart gut gewachsen gezeigt hat.“

Mit der einstimmigen Annahme dieses Berichts sind zunächst die Akten über Palästina als Mandatsland für diese Plenarversammlung geschlossen.

Die Emigranten

Der holländische Vorschlag — Deutschlands Veto

Am nächsten Tag beschäftigte sich eine andere — die sozial-organisatorische — Kommission des Völkerbundes mit der Frage der jüdischen Emigranten in den deutschen Nachbarländern. Den geschäftsmäßigen Ausgangspunkt für diese Debatte bildete der Vorschlag der holländischen Delegation, über dessen Text und Einreichung bei der Vollversammlung des Völkerbundes bereits berichtet wurde.

Diese Resolution, die in ihrem ersten Teile auf die Schwierigkeiten aufmerksam machte, die sich für jene Staaten ergeben, in denen deutsche Juden Arbeit suchen, und in deren letztem Teil die Errichtung eines Völkerbundsekretariates zur Behebung dieser Schwierigkeiten verlangt wurde, forderte gleichfalls die Einsetzung eines Unterstützungsbetrages in das Völkerbundsbudget von 1934. Deshalb war die Resolution zunächst von der Budgetkommission gelesen und von dort an die sozial-organisatorische mit dem Bemerken weitergegeben worden, es stünde der Einsetzung eines speziellen Budgetpostens nichts im Wege. Dieser Beschluß der Budgetkommission war ohne jede Debatte gefaßt worden, die Aussprache über die Pläne selbst mußte also in der zweiten, der sozial-organisatorischen Komission stattfinden.

Sie wurde eingeleitet, indem der holländische Außenminister, Jonkheer de G r a e f f im wesentlichen wiederholte, was er schon auf der Vollversammlung wenige Tage vorher gesagt hatte: daß ihm nichts ferner liege, als die Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse, daß man aber vor der Tatsache einer in die Tausende gehenden Emigration aus Deutschland stehe, daß von den etwa 60.000 Deutschen, die in den letzten Monaten Deutschland verlassen haben, allein 6000 in Holland leben und daß es bei der allgemeinen Krise unmöglich sei, für diese Menschen Arbeit zu finden. Die meisten dieser Menschen seien, in Konsequenz der Kapitalfluchtbestimmungen, ohne Mittel. Die Fonds, die von den Juden für die jüdischen unter den Emigranten gesammelt wurden, seien erschöpft. Unbedingt müßten sie in anderen Ländern endgültig untergebracht werden.

Dann ging der Redner auf Einzelheiten ein. Er wies nach, daß viele Emigranten Berufe hätten, die in anderen Ländern nur wenig vertreten seien. Allerdings würden diese Menschen am allerbesten in Palästina untergebracht, aber hier sind die Interessen der Mandatarmacht zu berücksichtigen; England tut, was es kann, kann aber keine unbeschränkte Einwanderung gestatten.

Zu jeder Uebersiedlung aber — ganz gleich ob nach Palästina oder anderswohin — sind Ausweispapiere notwendig. Das bietet eine besondere Schwierigkeit. Es finden sich viele Staatenlose unter den Emigranten. Der Völkerbund muß ihnen von ihm und seinen Staaten anerkannte Pässe ausstellen.

Für all dies ist ein Apparat notwendig, der auf die Dauer nicht in Privathand und nicht einseitig auf bestimmte Staaten beschränkt existieren kann. Der Völkerbund ist die einzig gegebene Instanz für solch ein Werk der Fürsorge und der internationalen Zusammenarbeit. Er mag die Arbeit dem Nansen-Komitee übergeben oder ein spezielles Kommissariat schaffen, aber er, der Völkerbund, muß die Aktion in der Hand haben.

Der Prozedurenweg, den die Kommission nun beschreiten müsse, ist: einen genauen Arbeitsplan von einer Spezialkommission aufstellen lassen. Diese erstattet dann der Vollversammlung Bericht und die Vollversammlung beauftragt, noch in dieser Oktober-Session, den Völkerbundrat, eine solche Organisation zu schaffen.

Darauf erwiderte der deutsche Vertreter, der Ministerialrat im Auswärtigen Amt, Dr. Karl R i t t e r: Gut, daß der holländische Vertreter erklärt habe, mit seinem Vorschlag keine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten zu beabsichtigen. Die deutsche Regierung hat das zur Kenntnis genommen und wird schärfstens gegen jede Ueberschreitung des Diskussionsrahmens nach der kritischen Richtung hin, protestieren. Die Leute, die Deutschland in den letzten Monaten verlassen haben, taten das entweder, weil die neuen Verhältnisse ihnen nicht mehr den Genuß ihrer bevorzugten Stellung gestatteten oder weil sie aus politischen Gründen für ihre selbstischen Wünsche keine Erfüllungsmöglichkeiten mehr sahen. Lange genug hat Deutschland sich von Fremden ausnützen lassen. Ein kleiner Teil von ihnen hat nun Deutschland verlassen. Und wenn die Völkerbundstaaten der Ansicht sind, daß deswegen internationale Maßnahmen ergriffen werden müssen, so ist das Sache der an der Regelung der Frage interessierten Mächte. Die deutsche Delegation wird sich an solcher Behandlung des Problems nicht beteiligen. So oder so aber — in welcher Form auch immer der Völkerbund seine Entscheidung trifft — muß dafür gesorgt werden, daß die Organisation kein Rest antideutscher Elemente wird.

Der ständige Vertreter der Tschechoslowakei, K ü n z l - J i z e r s k y, betonte daraufhin, daß auch er nicht an eine Einmischung in deutsche Angelegenheiten dächte. Die Sache solle, bei tatkräftiger Unterstützung seiner Regierung, ganz und gar vom humanitären Gesichtspunkt her betrieben werden. Und: der Hauptzweck müsse die Uebersiedlung von Juden nach Palästina, eine gewiß unpolitische Sache, bleiben.

Das gab diesmal, entgegen den gestrigen Ausführungen seines Ministers Bérenger, auch der französische Vertreter Yves D e l b o s zu. Auch Frankreich wolle sich nicht in deutsche Dinge einmengen. Aus dem Bericht des deutschen Vertreters sei aber zu schließen, daß die Auswanderung deutscher Juden noch nicht beendigt sein könne. Also habe Frankreich, neben dem humanitären, auch ein ganz egoistisches Interesse an der Auffindung eines endgültigen Aufenthaltsortes für die deutsch-jüdischen Emigranten.

Ganz in demselben Sinn sprachen dann noch kurz die Vertreter von P o r t u g a l, P o l e n und E n g l a n d. Der dänische Gesandte Bjoern K r a f t betonte, daß auch er auf demselben Standpunkt wie Frankreich stehe, obwohl sich in Dänemark keine nennenswerte Zahl von Emigranten befindet, und der S p a n i e r, Hiplito Finas y R o j a s, fügte seinen Glückwünschen an die holländische Delegation, dafür, daß sie die Initiative ergriffen hatte, noch den Wunsch hinzu, sie möge doch die Fürsorge nicht nur auf die deutschen Staatsbürger, sondern auch auf die ausländischen Juden, die aus Deutschland auswanderten, ausdehnen.

Der Engländer, Unterstaatssekretär H. H a c k i n g, meinte, das solle die Kommission entscheiden, die man ja doch zur Behandlung der Einzelfragen einsetzen müsse, aber er bitte gleichzeitig, die Kommission möge sich nicht allzu große Illusionen in bezug auf die Ansprüche, die sie auf Palästina erheben könne, machen.

Dann wählte man also diese Kommission, der Holland, Frankreich, England, Italien, Tschechoslowakei, Belgien, Uruguay und Schweden angehören. Die Vertreter dieser Staaten sollten gemeinsam die Richtlinien für ein Hilfswerk ausarbeiten, das unter den Auspizien des Völkerbundes stehen und durch einen vom Völkerbund berufenen Hochkommissar geleitet werden sollte. Man sprach schon vom ehemaligen Präsidenten der U. S. A., Hoover, von Lord Robert Cecil, Sir Austen Chamberlain, Theodor Roosevelt jr. u. a. als Kandidaten für diesen Hochkommissar-Posten, dem der Völkerbund, zur Organisation der ersten Arbeiten, bereits 25.000 Schweizer Franken zur Verfügung gestellt hat.

Inzwischen ist aber die gesamte Arbeit der Kommission dadurch hinfällig geworden, daß der deutsche Bevollmächtigte erklärte, er habe von Berlin her die Anweisung erhalten, der Schaffung einer solchen Hilfsinstitution unter den Auspizien des Völkerbundes n i c h t zuzustimmen. Er sei allerdings bereit, an der Auffindung eines Weges mitzuarbeiten, der die Schaffung eines solchen Hilfswerkes a u ß e r h a l b des Völkerbundes möglich macht. Da bei Völkerbundbeschlüssen Einstimmigkeit notwendig ist, hat das Veto der deutschen Delegation gegen die Berufung des Hochkommissars durch den Völkerbund selbst die Beratungen der Kommission hinfällig gemacht, und man ist nun, in langwierigen Verhandlungen, dabei, die Institution auf interparlamentarischer und nicht auf Völkerbundbasis zu errichten.

Das endgültige Ergebnis dieser Verhandlungen dürfte nicht früher als gegen Ende der kommenden Woche bekannt werden.

Minderheitenfragen

Sind die Juden eine Minderheit? — Spanien rühmt sich des Rambam und England des Lord Beaconsfield

Von besonderer, wenngleich natürlich nur theoretischer Bedeutung war die Debatte über die Frage, ob die Juden eine Minderheit seien, die sich in der politischen Kommission, unter Anteilnahme der ersten Delegierten fast aller europäischen Staaten, über d r e i T a g e hinzog.

Sie wurde eröffnet durch eine autoritative Regierungserklärung des d e u t s c h e n B e v o l l m ä c h t i g t e n, die lautete:

„Von besonderer Bedeutung für die Beurteilung des gegenwärtigen Standes des Nationalitätenproblems ist die immer noch bestehende Tendenz zu einer mehr oder weniger erzwungenen Assimilierung fremder Minderheiten durch das Mehrheitsvolk. Wenn sich heute ein Wandel in bezug auf die Assimilierung fremder Völker anbahnt, so liegt das darin begründet, daß der Einzelmensch sich heute viel stärker an sein Volkstum und die ihm eigene Kultur gebunden fühlt als früher. Wir nennen diese Erscheinung das Bekenntnis zum Volkstum. Es drückt sich darin die Zusammengehörigkeit aller derjenigen aus, die durch das gemeinsame Blut, gemeinsame Sprache sowie die gleiche Kultur und Sitte verbunden sind. Die Angehörigen eines Volkes oder einer inmitten fremder Umgebung lebenden Volksgruppe sind und fühlen sich als Glieder einer organischen Gemeinschaft, nicht aber bloß als eine mechanische Summe von Einzelindividuen.

Aus der Zugehörigkeit zu einem Volke ergibt sich zugleich, daß diese das natürliche und sittlich begründete Recht hat, sich mit allen seinen Gliedern, auch wenn diese durch staatliche Grenzen vom Muttervolk getrennt sind, als eine geistige und kulturelle Einheit zu betrachten.

Fortsetzung auf Seite 5.

Palästina-Umschau

Arbeitermangel

Dem „Dawar" zufolge wächst die Nachfrage nach jüdischen Arbeitern von Tag zu Tag. Die neuen Einwanderer werden sofort auf die Arbeitsplätze verteilt, aber trotzdem besteht weiterhin starker Bedarf nach jüdischen Arbeitskräften. Besonders groß ist der Arbeitermangel in den Kolonien. Besonders

dringliche landwirtschaftliche Arbeiten

können nicht durchgeführt werden. Es fehlen Arbeitskräfte zur Düngung, Bewässerung und Neuanpflanzung von Pardessim. Die Arbeitgeber machen die Arbeitsvermittlungsbureaus darauf aufmerksam, daß großer Schaden entstehen werde, wenn nicht ausreichend Arbeiter zugeteilt würden. Die Arbeitsvermittlungsbureaus sind jedoch nicht in der Lage, die Anforderungen nach Arbeitskräften zu befriedigen, da der Grund dieses Mangels in der Einwanderungsdrosselung von seiten der Regierung zu suchen ist. Es finden Verhandlungen zwischen den zentralen Körperschaften und den Arbeitgebern statt, um eventuell andere Arbeiten in Städten zurückzustellen. Man denkt daran, eventuell nicht ganz eilige, öffentliche Bauarbeiten zurückzustellen, um den dringendsten Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitern befriedigen zu können.

Jedoch auch

in den Städten

ist die Lage sehr schwierig. Durch die Zertifikationsdrosselung der Einwanderung wird dort das Tempo der Bautätigkeit und der Arbeiten in der Industrie hinter das notwendige Maß verlangsamt. Auch dieser Umstand führt zu einer Verteuerung der Mieten. In Tel Awiw besteht Mangel an verschiedensten Facharbeitskräften; es fehlen Baumeister, Anstreicher, Palattenleger usw. Die Bauunternehmer müssen die vorgeschriebenen Fristen zur Fertigstellung der Bauten deshalb überschreiten. Neuerdings arbeiten sogar in verschiedenen Stadtteilen (an der Peripherie) Araber. Auch die Industrie leidet an dem Mangel von Spezialisten. Die Möbelwerkstätten melden Stauung von Aufträgen. Dort fehlen Fachtischler für Fenster und Türen; auch die Nachfrage nach Tapezierern hat sich verstärkt. Besonderer Mangel herrscht in der Metallindustrie nach gelernten Gießermeistern und Gießereiarbeitern, ebenso auch nach guten Schlossern. In der Webindustrie fehlen Mechaniker für Trikotmaschinen. Verschiedene neue Betriebe, deren Maschinen schon im Lande sind, können mit ihrer Arbeit nicht beginnen, da keine geeigneten Arbeitskräfte zu finden sind. Schon macht sich wieder die Gefahr bemerkbar, daß der palästinensische Markt mit ausländischen Schuhen überschwemmt wird, da nicht genügend Schuster im Lande sind. Ebenso fehlen Spezialarbeiter für die Herstellung von Ziegel- und Mosaikarbeiten.

In Haifa nimmt die Bautätigkeit von Tag zu Tag zu. Dort fehlen außerordentlich viel Wohnungen. Jedoch kann man an über 40 Bauplätzen mit der Arbeit nicht beginnen, da gelernte Bauarbeiter fehlen. Derselbe Arbeitermangel zeigt sich auch bei öffentlichen Arbeiten; Chausseearbeiten mußten eingestellt werden, Betriebe wie „Shemen", „Nesher" u. a. haben es schwer, geeignete Arbeitskräfte zu finden. Alles das führt dazu, auch in Haifa, daß Arbeitskräfte aus Transjordanien und dem Hauran, ebenso wie auch aus dem übrigen Syrien einströmen und leicht Arbeit finden. Man rechnet damit, daß auch in Jerusalem die Bautätigkeit anwachsen wird, was zu einer weiteren Verengung des Arbeitsmarktes führen muß.

Tel Awiw. Delegierte der Arbeiterräte in den Städten und in den Kolonien Palästinas haben zusammen mit Vertretern des Zentralkomitees des Verbandes landwirtschaftlicher Arbeiter und der Kolonisationsabteilung des Merkas Chaklei eine Konferenz abgehalten, in der beschlossen wurde, im Hinblick auf den ernsten Mangel an jüdischen Arbeitern in der Landwirtschaft von den Arbeitgebern im ganzen Lande zu verlangen, daß sie Bau- und andere öffentliche Arbeiten zweiter Wichtigkeit auf einen späteren Zeitpunkt verschieben, um überschüssige Arbeitskräfte für die unaufschiebbaren landwirtschaftlichen Arbeiten freizumachen.

Übertragung des Vermögens deutscher Juden nach Palästina

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt hat soeben eine Verfügung erlassen, die besagt, daß in Deutschland wohnende Juden, die zwar noch nicht jetzt, aber zu einem späteren Zeitpunkt sich in Palästina seßhaft machen wollen, schon heute auf Grund des vor kurzem abgeschlossenen Drei-Millionen-Mark-Transfer-Abkommens ihr Vermögen in Form von deutschen Exportwaren nach Palästina bringen können. Voraussetzung aber ist, daß das Berliner Palästina-Amt die Garantie dafür übernimmt, daß diese Personen schließlich Deutschland verlassen und nach Palästina gehen werden. Der Wirtschaftsminister ermächtigte demgemäß das Berliner Palästina-Amt, Palästina-Zertifikate an solche Juden zu erteilen, die ihr Vermögen schon jetzt nach Palästina bringen wollen, während sie selbst noch eine Zeitlang in Deutschland bleiben. Gleichzeitig hat das Wirtschaftsministerium den Währungs-Ueberwachungsausschuß der Regierung dahin instruiert, bei der Verschiffung von Exportwaren solcher Personen, die im Besitze von Zertifikaten des Palästina-Amtes sind, und für die garantiert wird, daß sie zu einem späteren Zeitpunkt nach Palästina gehen werden, keine Schwierigkeiten zu machen.

Professor Julian Silberbusch veröffentlicht in der „Ostjüdischen Zeitung" ein Interview mit Doktor Arthur Ruppin, in dessen Verlauf Doktor Ruppin u. a. ausführte:

Die deutsche Regierung gibt jedem jüdischen Palästina-Wanderer die Erlaubnis, den Betrag von 1000 Pfund, rund 15.000 Mark, in Devisen mitzunehmen. Wenn der Nachweis erbracht wird, daß die Ueberführung einer größeren Summe für die Gründung eines neuen Unternehmens in Palästina notwendig ist, wird auch die Ausführung von 2000 Pfund in Devisen pro Familienhaupt gestattet. Außerdem gestattet die Regierung jedem Palästinaemigranten die Mitnahme von Waren bis zum Werte von 3000 Pfund, also 45.000 Mark. Die größtmögliche Summe, die somit von einem Emigranten aus Deutschland ausgeführt werden kann, beträgt 50.000 Mark, und zwar 15.000 Mark in bar und 35.000 Mark in Waren. Der Emigrant kann eigene Waren mitnehmen (Maschinen oder sonstige Waren); hat er aber nicht die Absicht, ein Geschäft zu eröffnen, in dem er seine Waren braucht, so kann er durch eine Treuhandgesellschaft Waren einkaufen lassen, welche sodann diese Waren in Palästina verkauft und dem Emigranten den Gegenwert auszahlt. Seit Mai dieses Jahres haben zirka siebenhundert Juden auf diese Weise einen Teil ihres Vermögens, mindestens aber eine Gesamtsumme von 700.000 Pfund (420 Millionen Lei) nach Palästina gebracht. Die Zahl von Kapitalistenvisen sind in Deutschland auf 300 pro Monat gestiegen.

Kapitalimport

Die Jewish Agency hat ein Buch über „Die Struktur der Immigration und des Kapitalimportes nach Palästina" herausgegeben. Aus diesem Buche ergibt sich ein Ueberblick über die Immigration und die Entwicklung des jüdischen Aufbauwerkes im Lande von 1926 bis August 1933. Diese Periode wird in den Abschnitt der Krise 1926—1929 und den Abschnitt des Aufschwunges 1930—1933 eingeteilt.

Man sieht aus diesem Buch, daß die jüdische Industrie sich bis zur Hälfte des Jahres 1933 stark entwickelt hat. Die Zahl der Betriebe ist von 2475 bis auf 3150 gestiegen; das investierte Kapital hat sich von 2,235.000 auf 4,630.000 £P erhöht. Die Zahl der Arbeiter hat sich von 10.968 auf 16.900 vergrößert. Der Wert der Produktion ist von 2,510.500 auf 3,580.000 £P angewachsen.

In der Zeit von 1926 bis Hälfte 1933 sind 553 Kapitalisten ins Land gekommen, welche mit sich einen Betrag von 2,080.918 £P brachten. Hiervon kamen 146 Personen aus den Vereinigten Staaten mit einem Kapital von 372.210 £P und 37 Personen aus Polen mit 513.600 £P. In den drei Jahren von 1926 bis 1929 kamen 214 Personen mit nur 718.850 £P. Interessant ist die Art der Beschäftigung dieser Einwanderer. 185 Leute mit einem Kapital von 874.115 £P haben ihr Geld in Plantagen investiert; 38 Personen mit £P 737.800 haben ihr Geld in Plantagen und anderen Geschäften eingelegt. 86 Personen mit 368.060 £P wurden Hausbesitzer; 51 mit 109.930 pal. Pfund wurden Industrielle; 51 mit 115.515 £P wurden Kaufleute; 19 mit 24.305 £P haben einen freien Beruf ergriffen, außerdem sind 13 Personen mit einem Besitz von £P 11.490 als Bureauangestellte tätig.

Jüdische Bodenkäufe

Wie der arabischen Tageszeitung „Falestin" aus Beisan berichtet wird, steht die grundbücherliche Eintragung von jüdischen Bodenkäufen im Gesamtausmaße von 29.000 Dunam im Distrikt Beisan unmittelbar bevor. Dieser Meldung zufolge sollen 10.000 Dunam im Beisan-Tal, 4000 Dunam im Gebna-Gebiet, 2800 Dunam im Basthouwaoui-Gebiet, 8200 Dunam im Bouatton-Gebiet und 4000 Dunam im Ghazzawia-Gebiet aus arabischen in jüdische Hände übergegangen sein.

Jaffa-Hafen unzulänglich

Infolge der Entwicklung Tel Awiws.

Seit längerer Zeit ist der Hafen in Jaffa verstopft, ohne daß für absehbare Zeit eine Aussicht auf eine Entspannung vorhanden ist. Die Stadtverwaltung von Jaffa hat beschlossen, ihre Hafen-Lagerhäuser der Regierung für 18.000 Pfund zu verkaufen und mit Hilfe dieser Summe und anderer zu beschaffender Gelder den Hafen und die zum Hafen führende jetzt enge Straße zu erweitern. Die Regierung hat ihrerseits aus den Mitteln der Palästinaanleihe 100.000 Pfund für die Erweiterung des Jaffa-Hafens bewilligt.

Die steigende Unzulänglichkeit des Jaffaer Hafens ist durch die rapide Entwicklung von Tel Awiw bedingt, durch die der Hafenverkehr um das vielfache verstärkt wurde. Es wird die Anlage einer Straße vom Hafen bis zum Geschäftszentrum von Tel Awiw, ferner die Errichtung eines Quais an der Mündung des Yarkon-Flusses für Abladung von Baumaterialien geplant. Insbesondere macht die nahende Citrus-Export-Saison die schnelle Erweiterung des Hafens notwendig.

Dr. Arthur Ruppin

Vorsitzender der Palästina-Exekutive der Jewish-Agency

Jerusalem. Die Exekutive der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency in Palästina hielt soeben eine längere Sitzung ab, in der die Kostituierung und die Verteilung der Aemter vorgenommen wurde.

Zum Vorsitzenden der Palästinaexekutive wurde — wie die JTA. erfährt —, Dr. Arthur Ruppin bestimmt. Das politische Departement leitet Ben Gurion, er wird hierin vom Mitglied der Exekutive Mosche Shertok unterstützt, der bekanntlich auch dem ermordeten Arlosoroff in der Leitung der politischen Angelegenheiten assistierte.

Die Palästina-Sektion des vom Kongreß an Dr. Weizmann übertragenen neuen Amtes für Ansiedlung deutscher Juden wird von Dr. Ruppin geleitet, der hierin von Dr. Werner Senator unterstützt wird.

Im übrigen wurden die Aemter wie folgt verteilt: Das Kolonisationsdepartement leitet Ruppin, das Schatzamt Dr. Maurice B. Hexter, der gleichzeitig auch die Wirtschaftsangelegenheiten, einschließlich Handel und Industrie, verwalten wird. Zum Leiter des Departements für Mittelstandssiedlung wurde Elieser Kaplan bestimmt. Das Departement für Einwanderung leitet Jizchak Grünbaum.

KURZBERICHTE

Wie soeben vom Einwanderungsamt der Regierung mitgeteilt wird, sind im Monat Juli 1933 in Palästina 2807 Personen eingewandert, davon waren 2703 Juden. Unter den eingewanderten Juden waren 437 Personen mit eigenem Vermögen (Kapitalisten).

✣

Seitens der Exekutive der Allgem. Arbeiterföderation Palästinas wird mitgeteilt, daß bis zum 15. September für den Arlosoroff-Siedlungsfonds 16.000 Pfund aufgebracht wurden; etwa 23.800 Palästinaeinwohner beteiligten sich an der Aufbringung dieser Summe.

✣

Die Hamburg—Südamerika-Linie richtet einen direkten Schiffsverkehr zwischen Hamburg und Haifa zur Beförderung auswandernder deutscher Juden nach Palästina ein.

✱

Die Palästinaregierung hat einen Zuschuß von 10.000 Pfund zum Budget der Stadtverwaltung von Jaffa für das Jahr 1933/34 bewilligt.

✣

Laut dem soeben veröffentlichten Bericht über das abgelaufene Budgetjahr hat die Stadt Tel Awiw 100.453 Pfund für öffentlichen Unterricht ausgegeben; sie erhielt 103 Schulen mit 15.380 Schülern und 570 Lehrern. Daneben bestanden mehrere Privatschulzirkel.

✣

Vom 14. bis 21. September trafen in Haifa per Schiff 2825 Personen ein. Unter diesen waren 1168 Neueinwanderer, 1300 Touristen und 357 wiedereinreisende Palästinaeinwohner. Die Ankömmlinge waren hauptsächlich Juden.

✣

Die Organisation deutsch-jüdischen Siedler (Hitachduth olej Germania) hat die Uebersiedlung von etwa tausend deutsch-jüdischen Familien aus den überfüllten Städten Tel Awiw und Haifa nach dem weniger überfüllten Jerusalem in Angriff genommen. In Jerusalem werden die Neuankömmlinge, so hofft man, nicht nur bessere Unterkunft, sondern auch mehr Arbeitsmöglichkeiten finden.

Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, konnte die finanzielle Beteiligung einer Reihe öffentlicher Institutionen und Verlagshäuser an der im August dieses Jahres in England eingetragenen „Palestine Publishing Company Ltd." gesichert werden, einer neuen großen Druck- und Verlagsanstalt für Palästina, die die Herausgabe von Werken jüdischer Gelehrter und Schriftsteller besorgen will, hauptsächlich solcher, die genötigt waren, Deutschland zu verlassen.

✣

Von den fünf Arabern, die des Mordes, bzw. der Teilnahme am Morde an dem jüdischen Kolonisten Joseph Jacobi und seinem zehnjährigen Sohn in Nahalal angeklagt waren, wurden vom Haifaer Kreisgericht zwei als der Mordtat überführt zum Tode verurteilt, zwei wurden wegen unzureichender Beweise, einer wegen nachgewiesener Unschuld freigesprochen. Der Witwe Joseph Jacobis wurde eine Entschädigung von 400 Pfund zugesprochen.

✱

Die Hilfsarbeit für die deutschen Juden, die in jedem Monat zu Tausenden als Touristen, Einwanderer und Flüchtlinge nach Palästina kommen, wird mit größter Intensität durchgeführt. In Tel Awiw, Haifa und Jerusalem wurden Heime errichtet, die von den lokalen Organisationen und den Hilfskomitees subventioniert werden, und billige Unterkunft und Verköstigung bieten. — In Jerusalem haben die Bnei Briß ein Einwandererhospiz errichtet, in dem Neueinwanderer bis zu vier Wochen wohnen können. Der Preis eines Nachtlagers beträgt 12½ Cent. An den Kosten der Erhaltung des Hospizes beteiligt sich auch der Verband der Juden aus Deutschland.

•

Auf Grund der Pläne des Ingenieurs J. Levi wird im Haifa-Bay-Gebiet an der Chaussee Haifa-Acco eine Gartenstadt mit zunächst 60 Häusern errichtet. Jedes Haus wird zwei Zimmer, Halle, Küche und Nebenräume und zwei Dunam Gartengrund haben. Auf diese Weise soll Arbeiterfamilien in Haifa billige Wohngelegenheit und die Möglichkeit der Selbstversorgung mit Gemüse geboten werden. Sachverständige haben den Boden als geeignet für Gemüsekultur erklärt. Ein Brunnen und ein Wasserreservoir werden angelegt.

Dr. J. Adler, Tel Awiw:

Drei Kontinente fördern die Levantemesse in Tel Awiw

Die Vorarbeiten für die „Levantemesse Tel-Awiw 1934" (26. April bis 26. Mai) vollziehen sich weiterhin in einer Atmosphäre außerordentlichen internationalen Wohlwollens und Interesses. Jüdische produktive Initiative hat hier, in der jüngsten orientalischen Großstadt Tel-Awiw und ihrer im ganzen Osten einzigartigen Mustermesse, eine neue Welthandelsbrücke zwischen Ost und West errichtet, der man gerade in den sachkundigsten Kreisen des internationalen Güteraustausches hohe praktische Bedeutung beilegt. Ein besonderer Beweis dafür ist die Tatsache, daß bereits bis Anfang Oktober, also noch fast sieben Monate vor Messebeginn, in Tel-Awiw von 12 Verkehrsverwaltungen aus 11 Staaten dreier Erdteile Bestätigungen namhafter Reise- und Transportrabatte für die Aussteller und Einkäufer der kommenden Messe eingegangen waren. Die weltumspannenden Beziehungen des Tel-Awiwer Großmarktes werden durch eine kurze Uebersicht dieser Eisenbahn- und Schiffsbegünstigungen ausgezeichnet illustriert.

Aegypten: Die „Khedivial Mail"-Linie gewährt den Messebesuchern auf der Rückreise 25 Prozent Rabatt. Belgien: Die Antwerpener Reederei „Armement Deppe" befördert die Messegüter hin und zurück mit 25 Prozent Rabatt. Dänemark: Die Staatsbahnen gewähren den Messebesuchern in Form von Gesellschaftsreisen (mindestens 20 Personen) hin und zurück 30 Prozent Rabatt. Deutschland: Die „Deutsche Levante-Linie" (Hamburg) räumt

auf den Transport der Messegüter hin und zurück 50 Prozent Rabatt ein. Estland: Die Staatsbahnen bewilligen den Messebesuchern auf der Rückreise 50 Prozent Rabatt und befördern Messegüter frei zurück. Griechenland: Die Staatsbahnen gewähren für Messebesucher Rückreise zum halben Preis und für Messegüter freien Rücktransport. Großbritannien: Die „Ellerman and Papayanni"-Linien (Liverpool) ermäßigen die Hin- und Rückfracht für Messegüter um je 25 Prozent, das gleiche meldet die große Fracht-Agentur Cox & Kings (London) im Namen einer großen Anzahl britischer Schiffahrtslinien, für die sie Frachten bucht. Oesterreich: Die Bundesbahnen bewilligen den Messebesuchern auf der Hin- und Rückfahrt je 25 Prozent Rabatt. Polen: Die „Polish Transatlantic Shipping Co. Ltd. (Gdynia-America-Line)" gewährt auf ihrer neuen Konstanza-Palästina-Linie für Messebesucher hin und zurück je 30 Prozent und für Messegüter hin und zurück je 33⅓ Prozent Rabatt. Schweden: Die „Svenska Orient Linien" (Goeteborg) räumen Firmenrepräsentanten, die zur Messe reisen, Spezialraten ein und befördern die Messegüter hin und zurück mit je 25 Prozent Rabatt. Syrien: Die die südsyrischen Eisenbahnen verwaltende Gesellschaft „Chemins de Fer de Damas, Homs et Prolongements" gewährt den Messebesuchern auf die Hin- und Rückfahrkarte 40 Prozent Rabatt.

Dies ist nur eine erste Blütenlese. Fast täglich laufen beim Tel-Awiwer Messeamt neue Rabatt-Ankündigungen aus aller Welt ein, so daß die Liste der Verkehrsbegünstigungen sich von Woche zu Woche vergrößert. Ueber den jeweiligen Stand wird noch des öfteren zu berichten sein. Schon heute ist es klar, daß die Levantemesse Tel-Awiw 1934 dank namhafter Rabatte auf allen wichtigen Wegen des Weltverkehrs eine der wohlfeilsten Gelegenheiten sein wird, das wunderbare Aufbauland Palästina — „die Insel der Prosperität im Weltmeer der Krise" — aus eigener Anschauung kennen zu lernen und neue wirtschaftliche Beziehungen und kulturelle Verbindungen zum Orient, zu seinen aufblühenden Märkten, zu seiner ganzen in ihren Traditionen wie in ihrer Modernisierung unendlich reizvollen Lebenssphäre zu gewinnen.

Länder Europas, Afrikas und Asiens fördern, wie die Uebersicht uns zeigt, die Levantemesse Tel-Awiw. Das dürfte für die Exportindustrien aller Industriestaaten ein deutlicher Hinweis sein, die in Tel-Awiw zu erwartenden Absatzchancen nicht außer acht zu lassen.

Eine Kolonie deutscher Juden in Wadi Chawarith

Die Gesellschaft für landwirtschaftliche Unternehmungen, „Jachin" Tel Awiw, hat von dem Keren Kajemeth Lejisrael in der Scharon-Ebene im Gebiet von Wadi Chawarith in der Küstenzone Boden zugewiesen erhalten, um dort eine Kolonie für bemittelte deutsche Auswanderer zu errichten.

Einwanderer-Zeltlager im Zentrum von Tel Awiw

Der große Mangel an Wohnungen in Tel Awiw im Zusammenhang mit dem Einströmen neuer Einwanderer insbesondere aus Deutschland hat die Stadtverwaltung bewogen, im Zentrum von Tel Awiw, an der Kreuzung der Nachmani- und der Achad-Haam-Straße, ein Zeltlager zur Unterbringung neuer Ankömmlinge zu errichten. Die Lage der Zeltbewohner ist infolge der zu früh eingetretenen Regenperiode nicht beneidenswert, und es wird allgemein dringend die Errichtung fester Wohnhäuser für die Einwanderer gefordert.

Jüdisches Martyrium in Deutschland

Die Schul-Hölle

Die in Nürnberg unter der Redaktion des nationalsozialistischen Führers Julius Streicher — im Frühjahr 1933 von Reichskanzler Hitler zum Leiter der antijüdischen Boykottzentrale ernannt — erscheinende Zeitschrift „Der Stürmer" ist von Anfang bis Ende mit judenhetzerischem Material gefüllt. Das erste Oktoberheft der Zeitung bringt die Balkenaufschrift: „Wer bei Juden kauft, ist ein Volksverräter!" und veröffentlicht eine Namens-Adressen-Liste sämtlicher jüdischen Kurgäste in Garmisch-Partenkirchen mit der Bemerkung, daß „dieses ganze Judengeschmeiß deshalb in Garmisch zusammengezogen wurde, um im Notfalle dem Judenknecht Dollfuß ein Regiment treuer Kämpfer zu stellen". Das Heft bringt eine Prangertafel von mit Jüdinnen verheirateten Ariern, veröffentlicht die Zuschrift eines Landstreichers, der erzählt, wie zwei mit Namen benannte Juden ihn und seine Frau, als sie sich auf dem Bettelwege befanden, in ihrem Auto mitnahmen und an ihn das Ansuchen stellten, ihnen die Frau zu verkaufen. Weiter wird eine Zuschrift aus Aachen veröffentlicht, daß dort Juden so „frech" sind, ein öffentliches Kaffeehaus zu besuchen. Zwei „Judenweiber" wagen es sogar, einen Fensterplatz einzunehmen. Die Zuschrift schließt mit der Ankündigung: „Eines Tages kommt es doch zum Krach. Dann fliegen die Judenweiber samt ihrem Anhang in hohem Bogen in die Gosse. Es ist Zeit, daß sich auch in Aachen etwas rührt." Mit Namen genannten jüdischen Aerzten, die gezwungen werden, ihre alte Praxis aufzugeben und fortzuziehen, wird ein höhnisches „Auf Nimmerwiedersehen" zugerufen. Gegen viele andere Juden, deren Namen und Adressen angegeben werden, werden Beschuldigungen erhoben, daß sie zum Schaden Deutschlands arbeiten.

Einen Einblick in die Tragödie jüdischer Kinder in deutschen Schulen gewährt eine von deutschen Eltern aus Stuttgart dem „Stürmer" eingesandte Zuschrift, in der gegen einen nationalsozialistischen Lehrer Klage geführt wird, weil er ihrem „Jüngsten", der einem jüdischen Schüler eine „saftige Ohrfeige" verabreichte, mit Arrest drohte und dabei sagte, auch „Juden seien Menschen". Dieser selbe Lehrer habe, heißt es in der Zuschrift weiter, als die arischen Schüler der Klasse gegen die drei jüdischen Mitschüler Front machten und das Lied sangen „Volk ans Gewehr", in dem die Stelle vorkommt „Und Juda den Tod", eine Rede gehalten, in der er die „Judenbengel" in Schutz nahm und es auf das strengste verbot, die Juden in der Klasse zu hänseln. Die Redaktion des „Stürmer" greift unter der Ueberschrift „Zum Teufel mit solchen Lehrern!" den Lehrer, obwohl er ein SA-Mann ist, scharf an, nennt ihn einen „Judenknecht" und fordert ihn auf, wenn er noch einen „Funken des Gefühls der Anständigkeit in sich trägt", freiwillig aus der NSDAP. auszutreten und auf seinen Lehrerberuf zu verzichten.

Die Entrechtung geht weiter

Mit dem 30. September sind die letzten jüdischen Aerzte aus dem Berliner Rettungswesen ausgeschieden.

Die Zeitungen zollen der Stadt Marburg Lob, weil es dort heute keinen jüdischen Advokaten mehr gibt. Ein jüdischer Advokat war als Kriegsteilnehmer zugelassen, nachträglich wurde ihm aus unbekannten Gründen die weitere Advokaturtätigkeit verboten.

Der Magistrat der Stadt Kassel beschloß, jüdischen Händlern keinen Zutritt mehr zu den städtischen Märkten und Messen zu gewähren.

Wie Reuter aus Dortmund meldet, dürfen dort Arier nicht mehr mit Juden speisen. Die Polizei kündigte an, sie werde arische Männer und Frauen, die in Restaurants in Gesellschaft von Juden und Jüdinnen angetroffen werden, verhaften, um ihnen den „Ernst ihres Verstoßes gegen die Ehre der germanischen Rasse" darzutun.

In einigen Provinzstädten, vor allem in Ostpreußen, geht man dazu über, Juden den Besitz von Autos behördlicherseits zu verbieten, während für Gas und Elektrizität an Juden Rechnungen in doppelter Höhe der normalen Tarife geschickt werden.

In Landesberg wurde ein bekannter jüdischer Arzt mit seiner arischen Frau und Schwiegermutter zur Schau durch die Straßen geführt, wobei sie Plakate mit entsprechenden Inschriften trugen.

Der erfolgreiche Romanschriftsteller Arthur Landsberger, bekannt durch seinen 1925 erschienenen Roman „Berlin ohne Juden" hat in Berlin Selbstmord begangen. — Der 30jährige Berliner Rechtsanwalt Wilh. Kohn hat sich aus dem dritten Stock seiner Wohnung, Charlottenburg, Wielandstraße 15, gestürzt und war sofort tot.

Weltkongreß jüdischer Studenten in London

Dieser Tage veranstaltete der Verband zionistischer Akademiker in Prag eine Studentenversammlung, in der der Delegierte Rumäniens, Advokat Karl Meth, über den Verlauf und über die Beschlüsse des Weltkongresses jüdischer Studenten referierte.

Alle Redner des Kongresses, wie: Professor S. Alexander, Sir Philipp Hartog, Prof. Brodetsky, Prof. Namier, Rev. Perlzweig, Rev. Freedmann, Dr. Stoll u. v. a. befaßten sich mit der Lage der verfolgten Juden Deutschlands und der Lage der jüdischen Studenten der Welt sowie mit den Aufgaben dieses jüdischen Studentenweltkongresses.

Ausführliche Referate hielten Prof. Namier, Rev. Perlzweig und Prof. Norman Bentwich.

Eine besondere Bedeutung kommt der von den rumänischen Delegierten aufgeworfenen Frage der Berufumschichtung der jüdischen Studenten zu. Die Initiative zur Berufumschichtung der im Uebermaße vorhandenen jüdischen Intelektuellen geht von Herrn Generalrat Max Ritter von Anhauch aus Czernowitz, dem neuen Vizepräsidenten des Weltverbandes, aus.

Der Weltverband jüdischer Studenten wird den jüdischen Studenten, die aus Deutschland geflüchtet sind, unterstützt vom internationalen Studentenwerk (J. S. S.) und dem internationalen Institut für geistige Zusammenarbeit (Völkerbund) verhelfen, ihre Studien zu beenden.

Der Weltverband setzt sich aus dem Kongreß, Exekutive und einem Rat, bestehend aus Vertretern sämtlicher angegliederten Länder-Studentenföderationen zusammen.

Der Weltkongreß begrüßte den Ausbau der Jerusalemer Universität und appellierte an alle Delegierte, für den Aufbau des noch heuer zu beginnenden Studentenheimes zu arbeiten.

Des weiteren beschloß der Weltverband, in Jerusalem ein zweites Sekretariat (außer dem in London befindlichen) zu schaffen.

Die neugewählte Exekutive des Weltverbandes jüdischer Studenten ist rein englisch und setzt sich wie folgt zusammen:

Präsident Rev. Perlzweig, Schatzmeister Lord Melchett, Generalsekretär L. Bakstansky; Mitglieder: Prof. Namier, Prof. Lauterpacht, Dr. Stoll und P. Druiff.

In das Ehrenkomitee des Weltverbandes, dem Prof. Albert Einstein vorsteht, wurden folgende Herren gewählt: Prof. Chaim Weizmann, Sir Philipp Hartog, Max Ritter von Anhauch und Prof. de Toledo (Schweiz).

Mit dem Appell an die jüdische Studentenschaft der Tschechoslowakei, sich zu organisieren, um aktiv an den Arbeiten des Weltverbandes jüdischer Studenten teilnehmen zu können, schloß der Referent seinen Bericht.

Palästinas Magenfragen

Es ist sicher sehr prosaisch, im Zusammenhang mit Palästina von Magenfragen zu sprechen, aber es ist sehr notwendig. Das wird jeder der zahlreichen Ankömmlinge bestätigen, die jetzt mit jedem Schiff ins Land strömen und von denen jeder Dritte nach ein paar Tagen unfehlbar auf der Nase liegt — weil er der Magenfrage zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet hat.

Es ist unsinnig so zu tun, als liege Palästina in den Tropen und als müsse jeder, der hierherkommt, innerlich und äußerlich darauf eingerichtet sein, ein Leben zu führen wie im indischen Dschungel. Aber es darf auch nicht übersehen werden, daß das Klima gegenüber Nordeuropa doch gewisse Unterschiede aufweist, und daß der Magen, als eines der empfindlichsten menschlichen Organe, am schnellsten und peinlichsten darauf reagiert, wenn man auf ihn nicht die nötige Rücksicht nimmt.

Es gibt eine Anzahl Leute, die kommen mit dem löblichen Gedanken her, wenn nicht gerade von Heuschrecken und Honig, so doch möglichst ausschließlich von Brot, Milch, Weintrauben, Tomaten und Gurken zu leben. Ein Programm, das einen guten Kern enthält und das sich auch mit der Zeit durchführen läßt, — wenn auch nicht in voller Ausschließlichkeit — wenn man im Anfang den Fehler vermeidet, dem Magen zuzumuten, sich von heute auf morgen umzustellen. Schroffe Uebergänge rächen sich hier in jeder Hinsicht besonders aber in der Ernährung. Man soll im Anfang möglichst nicht wesentlich anders Leben, als in Europa und vor allem jeden übertriebenen Asketismus vermeiden. Läßt man dem Körper hinreichend Zeit, sich an die veränderten klimatischen Verhältnisse zu gewöhnen, so wird es nachher umso leichter sein, zu einer wesentlichen einfacheren Kost überzugehen, die zu einem großen Teil aus sogenannter „Rohkost" bestehen wird.

Aber diese Fragen treten für den frisch Eingewanderten zunächst zurück hinter der viel näherliegenden, wo und was er überhaupt essen soll? Wenn darüber im folgenden gesprochen wird, so beziehen sich die gemachten Angaben in erster Linie auf Tel Awiw, wo ja der größte Teil der Ankömmlinge wenigstens die ersten Wochen verbringt, und sie werden im allgemeinen auch für Jerusalem und Haifa Gültigkeit haben. In den Kolonien, insbesondere in den Kwuzoth hingegen liegen die Dinge anders.

Für denjenigen, der reichlich mit Geld versehen nach Palästina kommt, besteht so wenig eine Magenfrage, wie für ihn eine Wohnungsfrage existiert, die sonst so schwer auf dieser Stadt lastet. Wer es sich leisten kann, in eines der zahlreichen erstklassigen Hotels zu gehen, ißt dort so gut, reichlich und abwechslungsreich wie nur irgendwo sonst auf der Welt. Es gibt allein in Tel Awiw heute ein gutes halbes Dutzend von Hotels, die den verwöhntesten Ansprüchen genügen — ein nicht zu verachtendes Plus in Hinsicht auf den Fremdenverkehr, der eine der stärksten Industrien des Landes zu werden verspricht. Aber von den Einwanderern sind doch nur ganz wenige in der Lage, für Hotelaufenthalt zwischen einem halben und einem ganzen Pfund täglich zu bezahlen.

Sobald man aber darauf angewiesen ist, mit bescheidener Börse gute Verpflegung zu suchen, sehen die Dinge leider ziemlich übel aus. Es gibt in Tel Awiw eine ständig wachsende Anzahl größerer, kleinerer, kleinster und winziger Restaurants und Eßstuben, aber wenn man sich durch eine größere Anzahl von ihnen durchgegessen hat, stellt man mit Betrübnis fest, daß Tel Awiw leider noch keineswegs zu den Städten gehört, in denen man für wenig Geld etwas Vernünftiges in den Magen bekommt. Kurz: es wird fast überall in einer Weise gekocht, die kaum noch als mittelmäßig bezeichnet werden kann. Alle Fehler heimatlicher Kochweisen scheinen hier vereinigt, vermehrt um gewisse Mängel der englischen Küche. Das Essen ist sehr einseitig — eine typische Eiweißfütterung. Früchte und Gemüse, obwohl im Lande reichlich und in ausgezeichneter Qualität vorhanden, sind auf dem durchschnittlichen Küchenzettel ungenügend vertreten. Niemand scheint es hier zu verstehen, Gemüse wirklich gut zu kochen, entweder es trieft von Fett, wie in Polen, oder es schmeckt wie gekochtes Gras, wie in England. Ein vernünftig angemachter Salat — der bei keiner Mahlzeit fehlen sollte — ist eine Seltenheit. Ueberhaupt macht das meiste Essen hier den Eindruck eines notwendigen Uebels-Kochen ist hier nicht eine Kunst, sondern eine Fron. Hier haben Frauen, die etwas von der Küche verstehen und wissen, was für eine Kulturmission am Herd zu erfüllen ist, noch eine große Aufgabe — und die Möglichkeit guten Verdienstes. Wer einen wirklich guten Mittagstisch für fünf bis sechs Piaster weiß, verrät diesen Schatz nur seinen besten Freunden, damit der starke Zulauf keine Massenabfütterung daraus macht.

Für die eine warme Mahlzeit am Tage, auf die man nicht verzichten soll, muß man wohl oder übel auf die Suche gehen und das relativ Beste zu finden trachten. Glücklicherweise ist es mit den übrigen Mahlzeiten viel besser. Hier sind die zahllosen „Milchgeschäfte" mit ihren ausgezeichneten Produkten ein wahrer Segen. Man bekommt in ihnen für verhältnismäßig wenig Geld ein gutes Brot — auch Schwarzbrot — stets frische Milch, Eier, Butter — und jene beiden Produkte, die einen wahren Gesundheitsschatz darstellen: Kéfir und „Leben", eine Art Joghurt. Morgens eine Flasche Kéfir und Abends ein Glas „Leben" — das ist ebenso nahrhaft wie erfrischend und gesundheitsfördernd. Magen- und Darmkrankheiten werden durch diese beiden Milchprodukte vermieden und bekämpft. Sorgt man dafür, daß daneben in richtigem Verhältnis frisches Obst-, Trauben, Bananen, Orangen ißt und lernt man, sich selbst einen vernünftigen Salat aus Tomaten, Gurken und Kopfsalat zu machen, so wird man auch mit bescheidenen Mitteln sich gut und zweckmäßig ernähren können. Erwähnt sei, daß es in Tel Awiw mehrere gut geleitete und nicht allzu teuere vegetarische Speisehäuser gibt.

Und wie ist es mit dem Trinken? Die Frage ist wichtig, denn mindestens in der ersten Zeit hat man viel mehr Durst als Hunger. Man läuft dann zur „Gasos"-Bude an der nächsten Straßenecke und trinkt eiskaltes Sodawasser mit irgend einem Fruchtsaft, oft auch mit einem zweifelhaften Gemisch aus drei bis vier solchen Säften. Nur gut auszementierte Mägen vermögen auf die Dauer dem doppelten Angriff von Kälte und Kohlensäure zu wiederstehen, aber nirgends wird ein vernünftig temperiertes Getränk ohne Kohlensäure angeboten.

Für den Hausgebrauch kann folgendes empfohlen werden. Man kaufe sich auf dem arabischen Markt eine jener großen Flaschen aus porösem Ton, die für ein paar Pfennige zu haben sind. Nachdem sie mehrfach mit kochendem Wasser gut ausgewaschen sind, geben sie ein geradezu ideales Aufbewahrungsgefäß für Getränke ab, weil durch ihre Porösität die Flüssigkeit durch ihre eigene Verdunstung kühl gehalten wird. Schwacher Tee, ganz leicht gesüßt, ist sehr zu empfehlen, weil das Wasser durch das Kochen keimfrei geworden ist. Aber man kann auch den vorzüglichen Orangensaft der Firma „Assis" verwenden, die übrigens auch hervorragende Marmeladen herstellt. Jedenfalls erhält man auf diese Arten ein billiges Hausgetränk, das den Durst löscht und selbst in großen Quantitäten genossen werden kann, ohne den Magen zu erkälten oder zu versäuern.

Obwohl Palästina ein äußerst nüchternes Land ist — nur zu Purim ist es Ehrensache, ein wenig „schicker" zu sein, braucht der Liebhaber weder ein gutes Glas Bier noch einen Schnaps oder einen Wisky zu entbehren — vom Wein ganz abgesehen, der unter der Sonne Palästinas in allen möglichen Sorten herrlich gedeiht. Und wenn die „Magenfrage" hier auch noch weit entfernt von idealen Lösungen ist, so ist sie doch kein unlösbares Problem.

Aber gut wäre es doch, wenn man Einwanderer-Männer und -Frauen, die den Nachweis erbringen, daß sie wirklich gut kochen können, bei der Vergebung von Zertifikaten bevorzugen würde.

Bar Zwi.

NOTIZEN

Nazi-Juden für Entrechtung der Zionisten

Der „Verband nationaldeutscher Juden", der sich trotz aller entschiedenen Refus immer wieder der Hitlerregierung anzubiedern versucht, hat nun durch seinen Vorsitzenden Dr. Naumann den Versuch unternommen, den Machthabern in Deutschland einen Gesetzentwurf zur „Lösung der Judenfrage" zu überreichen, der nichts anderes als eine vollkommene Entrechtung aller nicht der Naumannschen Anhängerschar angehörenden Juden fordert, während die Naumannianer als „Deutschjuden" anerkannt und den Ariern gleichgestellt werden sollen. Als „Deutschjuden" gelten:

1. Frontkämpfer mit Ausnahme derjenigen, die sich im kommunistischen, marxistischen, zionistischen oder pazifistischen Sinne betätigt haben.

2. Mitglieder alteingesessener Familien; als Stichtag ist von Naumann der 1. Jänner 1903 vorgeschlagen. Auch aus dieser Gruppe sollen Marxisten und Zionisten ausgenommen werden.

3. Alle Personen, die von einer seitens der Regierung einzurichtenden Spruchstelle zugelassen werden. In der Spruchstelle sollen drei seitens der Regierung bestimmte Mitglieder und zwei besonders qualifizierte Deutschjuden zusammenwirken.

In einer Kundgebung, in der er von der Einreichung dieses Gesetzentwurfes bei der Regierung Mitteilung macht, erklärt Dr. Naumann: „Wir haben uns bemüht, mit diesem Gesetzesvorschlag den Trennungsstrich so zu ziehen, daß der von uns vorgeschlagenen Regelung sowohl vom Standpunkte aller Deutschjuden, wie vom Standpunkte der nationalen Regierung aus zugestimmt werden kann. Wir nationaldeutschen Juden haben die nationale Erhebung aus innerster Herzensüberzeugung begrüßt und wir haben schon lange vor dem 30. Jänner 1933 in aller Oeffentlichkeit für diese nationale Erhebung einen Kampf geführt."

Dieser unerhörter Schritt des Verbandes nationaldeutscher Juden und die Erklärungen seines Führers Dr. Max Naumann haben unter den Juden aller Richtungen in Deutschland schärfste Empörung hervorgerufen. Man stellt fest, daß zwischen der Naumann-Gruppe und der großen Mehrheit der deutschen Juden keinerlei jüdische Berührungspunkte mehr bestehen. Hinsichtlich der möglichen praktischen Auswirkungen des Naumannschen Schrittes bei den Regierungsstellen ist man außerordentlich skeptisch. Man weist darauf hin, daß die nationalsozialistische Presse und Führer der Hitlerbewegung öfter die Anbiederungsversuche der Naumann-Gruppe schärfstens zurückgewiesen und sie als „Anschmeißereien" bezeichnet haben. Wenn somit die Versuche der Naumann-Gruppe im voraus zum Mißerfolg verurteilt sind, so liefert sie doch durch ihre Aktion bei den Behörden und ihre Erklärungen in der Oeffentlichkeit den Gegnern jeder irgendwie rechtlichen Lösung der Judenfrage in Deutschland Waffen in die Hand.

Förderung des tschechoslowakischen Außenhandels durch den XVIII. Zionistenkongreß

Die „Národni Listy" beschäftigen sich in ihrer Ausgabe vom 7. ds. mit den Auswirkungen des XVIII. Zionistenkongresses auf den tschechoslowakischen Warenexport und schreiben: „Schon in der Zeit der Vorbereitung des Zionistenkongresses rechnete man damit, daß dieser eine Förderung des tschechoslowakischen Exportes bringen werde. Die Prager Herbstmesse, zu deren stärksten Einkäufergruppe die Besucher aus Palästina zählten, hat jene Annahme als richtig bestätigt. Man schätzt, daß auf der Messe nach Palästina allein Waren für 11 Millionen Kč verkauft wurden. Dieser Umsatz wird sich noch durch Realisierung weiterer schwebender Abschlüsse bedeutend erhöhen. Weiters muß man noch in Erwägung ziehen, daß der Zionistenkongreß und die anschließend stattgefundene Herbstmesse zu einer richtigen Informierung nicht nur der palästinensischen, sondern auch der jüdischen Käufer aus zahlreichen anderen Ländern über die Exportfähigkeit der Tschechoslowakei und die Möglichkeit, die bisherigen Lieferanten durch tschechoslowakische zu ersetzen geführt hat. Wenn nur ein Teil des Importes fremder Waren nach Palästina durch tschechoslowakische ersetzt werden könnte, würde dies ein Anwachsen unseres Exportes um viele Zehner-Millionen betragen. Der Zionistenkongreß war auch von Vertretern des Handels aus aller Welt beschickt. Käufer großer Schweizer Warenhäuser, Vertreter großer Importfirmen aus Holland, Frankreich, England, Südafrika und dem Oriente weilten anläßlich des Kongresses in Prag. Sie alle haben Geschäftsverbindungen mit der Tschechoslowakei angeknüpft und beträchtliche Geschäftsabschüsse getätigt. Aber man darf auch nicht die Bedeutung des Kapitalzuflusses, der durch den Kongreß hervorgerufen wurde, übersehen. Man schätzt, daß die Teilnehmer und Gäste des Kongresses in der Tschechoslowakei für ihren Aufenthalt allein vierzig Millionen verausgabt haben. Die Tschechoslowakei kann es darum begrüßen, daß der XVIII. Zionistenkongreß in einer Zeit in Prag stattgefunden hat, in der man auf allen Weltmärkten nach neuen Einkäufer-Quellen sucht und daß er zur Propagierung der Tschechoslowakei als günstige Einkaufsquelle für Qualitätsware beigetragen hat."

Jüdische Abstammung — eine „schwere Beleidigung"

Das Amtsgericht Passau hatte sich, wie die „Donauzeitung" berichtet, kürzlich mit einer Privatklage zu befassen, die die Behauptung, die Familie Sanitätsrat Dr. D. sei jüdischer Herkunft, zum Gegenstand hatte. Der Beklagte verteidigte sich damit, daß die Behauptung, es sei jemand Jude, keine Beleidigung darstelle. Das Gericht dagegen verurteilte den Beklagten wegen der unwahren Behauptung, daß die Familie jüdischer Herkunft sei, wegen verleumderischer Beleidigung zu 300 Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung legte der Richter dar, daß gerade heute der Vorwurf, jüdischer Abstammung zu sein, für einen deutschstämmigen Staatsbürger eine schwere Beleidigung darstelle.

Schaffung des Flüchtlingsamtes

Genf. Das Völkerbundssekretariat gibt das folgende offizielle Communiqué aus:

Der von der niederländischen Delegation vorgelegte Entschließungsentwurf hat den wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Charakter des Problems der aus Deutschland kommenden jüdischen und anderen Flüchtlinge aufgezeigt. Aus diesem Grunde hat die Völkerbundsversammlung die Prüfung dieses Problems der Zweiten Kommission zugewiesen. Diese sah sich somit vor einen tatsächlichen Zustand gestellt, mit dem sie sich dringlich zu beschäftigen hatte, ohne jedoch in eine Untersuchung einzutreten, die ihn herbeigeführt haben.

Nach gründlicher Erörterung des Gegenstandes hat sie festgestellt,

1. daß das Problem in befriedigender Weise nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden kann;

2. daß die Lösung dieses Problems eine dringende Notwendigkeit darstellt.

Unter Berücksichtigung dieser beiden Momente ist die Zweite Kommission zu dem Schlusse gekommen, daß die beste Methode, rasch praktische Resultate zu erzielen, in der

Ernennung eines Hochkommissars,

dem weitestgehende Handlungsfreiheit eingeräumt werden müßte, bestehen würde.

Die Kommission hat Gründe, zu hoffen, daß der Hochkommissar über aus verschiedenen Quellen, hauptsächlich privaten, stammende Mittel verfügen würde. Die Koordinierung der verschiedenen Hilfsaktionen und die Zentralisierung der aus verschiedenen Quellen stimmenden Mittel würde deren bestmögliche Verwendung gestatten. Andererseits wäre es unerläßlich, daß der Hochkommissar ebensowohl mit den Regierungen derjenigen Länder, die in irgend einer Art zu dessen Lösung beitragen könnten, in Verbindung stehe.

Es ist somit notwendig — und die Zweite Kommission ist der Ansicht, daß die Völkerbundsversammlung diesen Punkt hervorheben sollte —, daß der Hochkommissar von nun an mit der möglichst umfassenden Mitarbeit der Regierungen und der privaten Organisationen rechnen könne. Die Zweite Kommission ist der Ansicht, daß dieses

Hilfswerk unverzüglich in Angriff genommen werden soll.

Darum empfiehlt sie dem Völkerbund, dem Hochkommissar die für seine Tätigkeit unentbehrlichen ersten Mittel in Form eines Vorschuesss zur Verfügung zu stellen.

Auf Grund der in diesem Bericht dargelegten Erwägungen hat sie folgenden Entschließungsentwurf niedergelegt:

„In Anbetracht der durch die Tatsache, daß eine große Zahl von Personen aus Deutschland, Juden und andere, während der letzten Monate in einer Reihe von Ländern Zuflucht gesucht haben, geschaffenen Lage;

in der Erwägung, daß deren Aufenthalt in diesen Ländern ein wirtschaftliches, finanzielles und soziales Problem darstellt, dessen Lösung nur durch internationale Zusammenarbeit herbeigeführt werden kann,

schlägt die Völkerbundversammlung dem Rat vor, einen Hochkommissar zu ernennen, der diese Zusammenarbeit herbeiführen und leiten soll;

sie schlägt ferner vor, daß die Kosten dieser Zusammenarbeit und des Bureaus des Hochkommissars durch Beiträge aus privaten oder anderen Quellen gedeckt werden;

sie empfiehlt dem Rat auf Grund von Artikel 33, § 2 des Finanzreglements des Völkerbundes die Ermächtigung zur Auszahlung eines 25.000 Frcs. nicht überschreitenden Vorschusses an den Hochkommissar zu erteilen; diese Summe soll dem Völkerbund aus den Fonds, die dem Hochkommissar zur Verfügung stehen werden, zurückgezahlt werden;

die Völkerbundversammlung bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes, die noch keine oder nur wenige Flüchtlinge aus Deutschland aufgenommen haben, die Unterbringung dieser Flüchtlinge im Rahmen des Möglichen erleichtern;

sie beauftragt den Generalsekretär, den Text der vorliegenden Resolution denjenigen Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, vorzulegen und sie im Namen des Völkerbundes zu bitten, nach Möglichkeit an der Unterbringung der Flüchtlinge mitzuwirken und die Arbeit des Hochkommissars im allgemeinen zu unterstützen.

Zum Schluß bringt die Völkerbundversammlung die feste Hoffnung zum Ausdruck, daß die Regierungen und die privaten Organisationen im vollen Ausmaß ihrer Möglichkeiten mit dem Hochkommissar zusammenarbeiten werden, um diese Rettungsaktion zum erfolgreichen Abschluß zu bringen."

Debatte in Genf

(Schluß von Seite 2)

Es ist daher kein Zufall, daß die Bedeutung der natürlichen Bindung an das Volkstum von deutscher Seite so stark betont wird. Die ihnen bekannten Erklärungen des deutschen Reichskanzlers, daß das deutsche Volk in Treue an seinem eigenen Volkstum hängt und sich mit den in aller Welt lebenden Deutschen unlöslich verbunden fühlt, sind daher aus tiefster weltanschaulicher Ueberzeugung gesprochen worden. Aus der gleichen Ueberzeugung ist aber von deutscher Seite immer wieder betont worden, daß das neue Deutschland tiefes Verständnis hat für die gleichen Gefühle und die Lebensinteressen der anderen Völker, die wir zu respektieren bereit sind.

In der Diskussion der Oeffentlichkeit ist nun die Judenfrage verschiedentlich mit der Minderheitsfrage verquickt worden. Es ist nicht angängig, dieses Problem, das ein besonders gelagertes Rasse-Problem darstellt, ohne weiteres mit der sonstigen Minderheitenfrage in Verbindung zu bringen. Zunächst sind die Juden in Deutschland weder eine sprachliche, noch eine nationale Minderheit. Sie fühlen sich nicht als solche und haben niemals Wünsche geäußert, als solche behandelt zu werden. Die Ausübung der jüdischen Religion ist in Deutschland völlig unbehindert. Die religiöse Frage spielt bei der Auseinandersetzung mit dem deutschen Volk keine Rolle. Es handelt sich in Deutschland in erster Linie um ein bevölkerungspolitisches und soziales Problem, das in der Nachkriegszeit eine besondere Verschärfung durch eine starke Wanderung des Judentums nach dem Westen erhalten hat. Es ist ein Problem sui generis, das als solches auch eine besondere Lösung wird erfahren müssen."

Mit diesen grundsätzlichen Ausführungen des deutschen Bevollmächtigten, beschäftigte sich dann die ganze, viertägige Diskussion, an der sich fast alle Staaten beteiligten. Die aus politischen Gründen am meisten beachteten Auslassungen waren dabei, naturgemäß, die der drei anderen Partner des Viererpaktes.

Der Engländer, Ormsby Gore sagte:

„Zurückkommend auf das, was der deutsche Gesandte in bezug auf die ethnische Homogenität der Staaten sagte, und darauf, daß so gebildete Staaten ein Recht und die Pflicht hätten, sich eins zu fühlen mit den Bürgern eines anderen Staates, die derselben ethnischen Einheit angehören, muß ich erklären: Das würde uns zu weit führen. Ich habe Angst, daran zu denken, was für Folgen daraus für meine Regierung entstehen würden, wenn sie dies Prinzip auf jeden Bürger der USA. anwenden wollte, der sich als sein Nachkomme jener Engländer ausgibt, die mit der „Mayflower" herüberkamen.

Es ist für uns besser, die Konzeption, die uns hier vorgeschlagen wurde, abzulehnen. Wie könnten wir auch anders? Sehen Sie sich das britische Imperium an! Bürger aller Rassen, aller Farben! Selbst auf unserer kleinen englischen Insel haben wir eine blutlich sehr stark gemischte Bevölkerung. Seit den allerfrühesten Zeiten hat es bei uns einen ständigen Strom der verschiedensten Rassen und Blutmischungen gegeben, und innerhalb unserer eigenen Inselgruppe haben wir drei voneinander durchaus verschiedene Nationalitäten, — die englische, die schottische und die Walliser —, die alle wieder in verschiedene Rassen zerfallen, in dunkelhaarige Walliser, rothaarige, die Pict, die Schotten usw.

Die Doktrin der rassischen Homogenität würde, auf das Britische Imperium angewendet, es zugrunderichten. Denn es war immer das Grundprinzip des Britischen Imperiums, daß niemand an der Ausübung irgend eines Staatsamtes oder irgendeines Privatberufes gehindert werden könne, aus, — wie die Königin Viktoria sich in ihrer Proklamation ausdrückte, — „Gründen der Rasse, der Farbe oder der Religion". Das ist fundamental und das Einzige, was das Britische Reich zusammenhält. Wenn wir für unsere heutigen Verhältnisse in England das Rassenprinzip geltend machen wollte, so wäre das das Ende Englands.

Ich komme nun, von den allgemeinen Gesichtspunkten zu den speziellen Fragen, die von dem deutschen Bevollmächtigten aufgeworfen worden sind.

Wollen wir von vornherein feststellen, daß Deutschland eine lange, alte Tradition religiöser Toleranz hat und daß Deutschland dieser Tradition niemals untreu geworden ist. Aber wir müssen die Juden, nicht nur in Deutrschland, sondern überall, als eine rassische Minderheit betrachten. Und wenn der deutsche Bevollmächtigte, im Zusammenhang mit den Deutschen in der Tschechoslowakei von dem Wert gesprochen hat, den die ethnische Gemeinschaft, die rassische Zugehörigkeit und Homogenität mit dem deutschen Volk besitzt, — so muß der gleiche Grundsatz auch auf die Juden angewendet werden. Gehen wir von der Basis der arischen Rassentheorie aus, so muß auch unterstellt werden, daß die Juden eine rassische Gemeinschaft bilden, die durch die Fäden des Blutes und der Geschichte über die ganze Welt hin miteinander verbunden sind.

Lassen Sie mich Ihnen ein Beispiel davon geben, wie wir diese Sache in England betrachten müssen. Ich gehöre zu der sogenannten „Tory"-Partei, der Rechtspartei. An jedem neunzehnten April, am „Primrose Day", pilgern ich und andere Freunde aus meiner Partei zu der Statue eines Mannes, der eine ganze Generation lang unsere Fraktion geführt hat, und wir legen an seinem Monument Blumen nieder. Dieser Mann, zu dessen Denkmal wir gehen, war Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield, dreimal hintereinander Premierminister von England. Der Earl von Beaconsfield war ein Nachkomme spanischer Juden, die durch Ferdinand und Isabella aus Spanien vertrieben worden waren. Er war, seiner Nationalität nach, ein treuer und patriotischer Engländer. Seiner Religion nach war er ein Christ, gehörte zu der Church of England und wurde unter Beobachtung aller christlichen Riten in seiner eigenen Kirche, in Buckinghamshire beigesetzt. Trotzdem war er, sein ganzes Leben lang, sowohl in seiner öffentlichen Tätigkeit als auch im privaten Verkehr, sowohl als Schriftsteller wie als Politiker, einer der stolzesten Bekenner des Judentums, ein „Hebräer von den Hebräern", wie St. Paulus. Seine Bücher sind voll der Dankeshymnen an seine Rasse, der zuzugehören er stolz war. Seine Bücher sind voll des Stolzes auf die Kultur, die Religion, die Kunst- und Wissenschaftsschätze, die die Juden der Menschheit geschenkt haben. Und ich behaupte entschieden, daß es unter allen Juden in aller Welt einen Sinn für ihre historische Kontinuität und ihre Fortdauer gibt und daß sie eine rassische Minderheit darstellen, die überall dieselbe Behandlung verdient wie die anderen Minoritäten auch.

Was aber heißt dies: dieselbe Behandlung? — Das heißt vor allem: gleiche Bürgerrechte und faire Behandlung als loyale Bürger des Volkes, mit dem sie seit Jahrhunderten verbunden sind. Ueberall, wo die Juden gut und freiheitlich behandelt wurden sind sie die loyalsten und meist hilfsbereiten Volksgenossen geworden.

In Konsequenz der Aufmerksamkeit, die dies Problem jetzt in der ganzen Welt auf sich zeigt, liest man in England, was der Reichskanzler Hitler hierüber in seinem berühmten Buch geschrieben hat. Und wir versuchen, den deutschen Standpunkt zu dieser Frage zu verstehen. Aber wir müssen offen sagen, — was wir lesen, macht uns nervös und ich glaube, es wird nötig sein, feierlich zu wiederholen, was in einer Resolution der Völkerbundversammlung von 1922 (über den Minderheitenschutz) gesagt worden ist."

Aehnlich so sprach sich auch der französische Bevollmächtigte Bérenger, in zwei größeren Reden aus, in denen er vorschlug, die durch die Petition Bernheim aufgerührte Frage des Minderheitenschutzes so zu regeln, daß die Minoritätengarantie auf alle Gebiete aller Staaten ausgedehnt würden. Auch er hielt ein größeres Referat über die Frage, ob die Juden eine Minorität seien oder nicht. Er erinnerte daran, daß als die deutschen Juden bei den Friedenskonferenzen danach gefragt wurden, ob sie als eine Minderheit anerkannt werden wollten, sie diese Frage auf das entschiedenste verneinten, während andere jüdische Siedlungen sie bejahten. Bérenger sagte ferner, daß wenn er heute zu den französischen Juden käme, sie sich auch weigern würden, als eine Minderheit angesprochen zu werden; sie seien französische Bürger wie alle. Es gäbe aber Umstände, unter denen eine gewisse Bevölkerungsgruppe automatisch zur Minderheit werde, wenn eine bestimmte Gesetzgebung auf sie Anwendung fände. Bérenger verweilte dann des längeren bei einer Darstellung des Patriotismus der deutschen Juden, bei ihrer Stellung während des Krieges und bei der Persönlichkeit von Walter Rathenau.

Nach ihm kam der Vertreter Italiens zum Wort und unterstützte auch seinerseits die Ausdehnung des Minderheitenschutzes auf alle Gebiete aller Staaten. Auch er hob die Loyalität der italienischen Juden dem fascistischen Staat gegenüber hervor.

Als der Reigen dieser Kundgebungen einmal eröffnet war, konnte man überhaupt keinen Abschluß mehr finden. Jeder Staat schickte nun seinen Vertreter vor, „seine" Juden zu loben. Das ging so ganze drei Tage lang. Es sprachen, alle in demselben Sinn, mehr oder weniger lang, der Norweger Lange, der Kanadier Manion, der Ire O'Kelly, der Holländer, der Rumäne, der Bulgare, der Albanier, der Ungar, der Grieche, der Schweizer, der Serbe, der Spanier, der Perser.

Zeitweise war es wirklich interessant, wie jeder unter seinem eigenen Gesichtswinkel die Judenfrage behandelte. So sagte der spanische Vertreter, Madriaga, im Verlauf seiner Ausführungen über die Entwaffnungskonferenz:

„Ich erinnere Sie an die große Rede, die Karl V. in Bologna 1535 vor dem Papst gehalten hat, eine Rede, die von Aristide Briand vor der Generalversammlung des Völkerbundes hätte gehalten werden können, und die mit dem dreimaligen Ausruf schloß: Ich will den Frieden, ich will den Frieden, ich will den Frieden.

Diese Bemühung aber scheiterte, nicht etwa, weil es an juristischen Beratern gefehlt hätte, die sie hätten unterstützen können, — es lebte damals in Samanka François de Vittoria, von dessen Lehren sich sogar unsere Mandatskommission dürfte inspizieren lassen, — sondern die Bemühung scheiterte, weil die Lehren des Königs auf falschem Grunde aufgebaut waren. Karl V. wollte die europäische Einheit auf der Grundlage des Christentums aufbauen und deshalb

war er ungerecht, ja sogar grausam gegen zwei große Rassen und zwei große Religionen: den Islam und das Judentum.

Heute, wo die Juden auf der Tagesordnung stehen, fühlt, die spanische Republik den Drang in sich, sich dieser wunderbaren Rasse wieder zuzuwenden, der sie die besten ihrer Schriftsteller, die hervorragendsten ihrer Juristen, ihrer Mystiker, ihrer Aerzte und Politiker zu verdanken hat."

Und wie der Spanier später von „seinem" Maimonides spricht, — so muß auch der Perser der allgemeinen Stimmung Rechnung tragen und sagen:

„Wir in Persien haben seit je das Prinzip verfochten, daß eine lebensfähige Minderheit, die eine Idee verkörpert, nicht untergeht und nicht untergehen kann und daß sie, ungeachtet ihrer Sonderinteressen, dem Staatsvolk gut und treu dient. Die Tradition dieser Minderheitenpolitik ist bei uns alt und bewährt. Ich erinnere nur an unseren König Cyrus, der seiner jüdischen Minderheit erlauben konnte, nach Palästina zu gehen und dort den Tempel wieder aufzubauen . . ."

Aber all diese gut gemeinten, jedoch, wie der deutsche Bevollmächtigte in seiner wenige Minuten dauernden Erwiderung sagte, am Kern des Problems vorbeigehenden Erörterungen, haben natürlich keinen anderen als einen, bestenfalls, demonstrativen Wert. Ein von mehreren Staaten eingebrachter Antrag zur Verallgemeinerung des Minoritätenschutzes verfiel der Ablehnung; denn im Völkerbund können bekanntlich keine Majoritätsbeschlüsse gefaßt werden, es genügt eine widersprechende Stimme, um einen Vorschlag zu Fall zu bringen. Das gleiche Schicksal erlitt der Vorschlag, eine internationale Konvenz zur Wahrung der Menschenrechte zu unterzeichnen. Nach langen Verhandlungen, — die sich in geheimer Sitzung über zwei Tage lang hinzogen, — ist von all diesen Reden keine „praktische" Nachwirkung geblieben, als folgende Resolution, die durch Frankreich eingebracht wurde. Sie lautet:

1. Die Völkerbundversammlung ruft feierlich die Empfehlung in Erinnerung, die sie am 21. September 1922 angenommen hat, und in der die Hoffnung ausgesprochen wird, daß jene Staaten, die durch keinerlei Verträge dem Völkerbund gegenüber dazu verpflichtet sind, ihre Minderheiten zu schützen, dessen ungeachtet in der Behandlung ihrer Minoritäten der Rasse, der Religion oder der Sprache wenigstens denselben Grad von Recht und Toleranz herrschen lassen, der in den Minderheits-Verträgen festgelegt ist.

2. Die Völkerbundversammlung stellt fest, daß dies hier ausgesprochene Prinzip Anwendung finden muß auf alle Kategorien von Bürgern, die sich von der Majorität durch ihre Rasse, ihre Sprache oder ihre Religion unterscheiden.

Diese Resolution, die also in knappen Sätzen den Gesamteindruck der Debatte zusammenfassen soll, wird nund der Vollversammlung vorgelegt werden. Ihr erster Absatz wird einstimmig angenommen werden, nachdem Deutschland, entsprechend seiner Stellung in der Debatte, erklärt haben wird, daß die Juden keine Minderheit sind, auf die etwa diese Grundsätze Anwendung finden könnten. — Der zweite Absatz wird dann, — wie die deutsche Delegation heute offiziell mitteilt, — mit allen, ausgenommen die deutschen Stimmen, befürwortet werden, mangels Einstimmigkeit also — fallen.

Damit dürfte die zum erstenmal in solcher Weltöffentlichkeit aufgerollte Diskussion darüber, ob die Juden eine Minderheit sind, endgültig abgeschlossen sein.

In wenigen Zeilen

Fünf jüdische Knaben im Alter von 13 bis 16 Jahren, Schüler der Jabnee-Schule zur Jerusalem, sind, während sie mit anderen Mitschülern ohne Aufsicht eines Lehrers im Jordanfluß badeten, in eine starke Strömung geraten und ertranken. Der Unglücksfall hat in Palästina Trauer hervorgerufen. Die für heute in Dagania angesetzt gewesene Arlosoroff-Gedenkfeier ist wegen dieses tragischen Ereignisses verschoben worden.

✣

Vier arabische Scheichs, unter ihnen der in dem Jacoby-Mordprozeß freigesprochene Khalil Issa, sind unter der Beschuldigung verhaftet worden, der terroristischen arabischen Geheimgruppe anzugehören, die es sich angeblich zum Ziele gesetzt hat, Mordanschläge auf Juden zu verüben.

✣

Die Handelskammer von Jerusalem, die einzige Handelskammer Palästinas, die Angehörige aller drei großen Bekenntnisse des Landes (Juden, Christen und Moslems) umfaßt, hat beschlossen, dem internationalen Verband der Handelskammern beizutreten und Delegierte zu dem nächsten im Jahre 1935 stattfindenden Weltkongreß der Handelskammern zu entsenden.

✣

Der Theaterausschuß der Stadt Manheim hat beschlossen, nichtarischen Presseberichterstattern den Eintritt in das Nationaltheater zu verbieten.

✣

Der badische evangelische Oberkirchenrat hat veranlaßt, daß das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums auf die staatlichen kirchlichen und rein kirchlichen Beamten Anwendung findet. Somit ist der Arierparagraph, wie ihn die altpreußische Generalsynode beschlossen hat, auch in der Landeskirche Badens eingeführt.

✣

Den jüdischen Abonnenten der Landesthater in Stuttgart wurde schriftlich mitgeteilt, daß sie von einem ferneren Besuch der Theater absehen möchten. Zur Errichtung der Theater wurden einst beträchtliche Spenden von Juden angenommen.

✣

Die Gemeinderäte der mittelfränkischen Ortschaften Berthholdsdorf, Wollersdorf und Veitsaurach haben beschlossen, an sämtlichen Ortseingängen Tafeln mit der Inschrift anbringen zu lassen: „Juden ist der Zutritt verboten!"

✣

Das polnische Innenministerium hat an alle Wojwodschaften und an den Regierungskommissar in Warschau ein Rundschreiben gerichtet, in dem mitgeteilt wird, daß die polnische Regierung die hebräische Universität in Jerusalem als Hochschule anerkannt hat. Demzufolge sei polnischen Bürgern, die sich zum Studium an der hebräischen Universität nach Jerusalem begeben, ebenso wie allen anderen Hochschulhörern ein Aufschub der Militärdienstzeit zu gewähren. Das Rundschreiben des Innenministerium wurde im Hinblick darauf, daß in diesem Jahre zum ersten Male eine bedeutende Zahl jüdischer Studierender aus Polen zur Fortsetzung des Studiums nach Jerusalem geht, an die politischen Behörden gerichtet.

Ausgeschaltete nichtarische Gelehrte

Das Sekretariat der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt a. M. veröffentlicht eine Liste sämtlicher auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Lehrkörper der Universität ausgeschiedenen Professoren und Dozenten. Die Liste umfaßt 52 Namen:

Aus dem Staatsdienst entlassen sind die ord. Prof. Dr. Hermann Heller (Oeff. Recht), Dr. Werner Lipschitz (Pharmalogie), Dr. Max Horkheimer (Sozialphilosophie) und Dr. Arnold Löwe, (Wirtschaftliche Staatswissenschaften).

In den Ruhestand versetzt wurden die ord. Prof. Dr. Karl Strupp (Völkerrecht), Dr. Max Wertheimer (Philosophie, insbes. Psychologie), Dr. Carl Grünberg (Wirtschaftl. Staatswissenschaft), Dr. Franz Oppenheimer (Soziologie), Dr. Karl Pribram (Wirtschaftliche Staatswissenschaft) und Dr. Karl Mannheim (Soziologie).

Die Lehrbefugnis ist entzogen worden den Honorarprofessoren: Obermagistratsrat Dr. Ernst Cahn (Verwaltungs- und Staatsrecht), Dr. Hugo Sinzheimer (Arbeitsrecht und Soziologie), Justizrat Doktor Ludwig Wertheimer (Handels- und Industrierecht), Dr. Ludwig Benda (Chemotherapie), Dr. Fritz Mayer (Chemie); den nichtbeamt. a. o. Prof.: Doktor Joseph Igersheimer (Augenheilkunde), Doktor Georg Ludwig Dreyfus (Innere Medizin), Dr. Karl Alrmann (Haut- und Geschlechtskrankheiten), Doktor Hugo Braun (Hygiene und Bakteriologie), Dr. Edgar Goldschmidt (Pathologie), Dr. Marcel Traugott (Geburtshilfe und Gynäkologie), Dr. Raphael Weichbrodt (Psychiatrie und Neurologie), Dr. Wilhelm Hanauer (soziale Medizin), Dr. Richard Koch (Geschichte der Medizin), Dr. Walter Lehmann (Ohren-, Hals- und Nasenkrankheiten), Dr. Martin Sommerfeld (Deutsche Philologie), Dr. Fritz Heinemann (Philosophie), Dr. Otto Szasz (Math.), Dr. W. Walter Fränkel (Physikal. Chemie), Dr. Friedrich Hahn (Chemie), Dr. Edmund Speyer (Chemie), Doktor Siegfried Budge (Volkswirtschaftslehre), Doktor Gottfried Salomon (Soziologie), Dr. Walter Sulzbach (Soziologie und Sozialpolitik), Dr. Fritz Neumark (Volkswirtschaftslehre); den Privatdozenten: Land- und Amtsgerichtsrat Dr. Ernst Eduard Hirsch (Bürgerl. und Handelsrecht), Dr. Franz Herrmann (Dermathologie und Syphilologie), Dr. Emmy Klieneberger (Bekteriologie), Dr. Ernst Herz (Psychiatrie und Neurologie), Dr. Ernst Metzger (Augenheilkunde), Dr. Martin Pleßner (Semit. Philologie), Dr. Theodor Wiesengrund (Philosophie), Dr. Hans Weil (Pädagogik), Dr. Gottfried Fraenkel (Zoologie), Dr. Fritz Heymann (Physikalische Chemie), Doktor Friedrich Pollock und Dr. Eugen Altschul (beide Volkswirtschaftslehre).

Der Lehrauftrag ist entzogen worden den beauftragten Dozenten Dr. Norbert Glatzer (Jüd. Religionswissenschaft und Ethik), Ernst Kahn (Wohnungswesen), Prof. Dr. Ernst Kantorowicz (Soziale Bürgerkunde) und Dr. Hendrik de Man (Sozialpsychologie und Sozialpädagogik).

Einstein gegen den Kommunismus.

Einstein hat an die Redaktion des „Manchester Guardian" ein Schreiben gerichtet, das u. a. lautet: „. . . Wie andere Intellektuelle, die es als ihre Pflicht empfinden, nach besten Kräften der Sache der Humanität zu dienen, bin auch ich ein Opfer eines Mißverständnisses geworden über die wahren Ziele gewisser Organisationen, die in Wirklichkeit nichts anderes als getarnte Propagandaorganisationen des russischen Despotismus sind. In Unkenntnis ihrer wirklichen Absichten habe ich nichts getan, um den Gebrauch meines Namens durch die „Internationale Arbeiterhilfe" und die „Antikriegsbewegung" oder ähnliche Organisationen zu verhindern; doch möchte ich jetzt feststellen, daß ich niemals den Kommunismus begünstigt habe und dies auch jetzt nicht tue . . . Nach meiner Ueberzeugung ist jede Macht, die das menschliche Individuum durch Terror und Gewalt versklavt, eine Feindin der Menschheit — gleichviel, ob sie unter fascistischen oder kommunistischen Fahnen marschiert. Alles, was wertvoll ist in der menschlichen Gesellschaft, hängt von den Möglichkeiten ab, die dem Individuum für seine Entwicklung gegeben sind."

Dr. Nisson Kahan 50 Jahre alt. Herr Dr. Nisson Kahan, einer der Begründer und ältester Kämpfer der zionistischen Bewegung in Ungarn, feiert am Simchath Thora seinen 50. Geburtstag. Zu seinen Ehren werden in Budapest verschiedene zionistische Feierlichkeiten veranstaltet.

INLAND

Der 5. Kreistag des Zionistischen Arbeitskreises Karlsbad

findet am Sonntag, dem 15. Oktober 1933, um 10 Uhr vorm. im Logenlokal Kantstraße 7, 1. St., statt.

Programm:

1. Der Zionismus nach dem 18. Kongreß. — Referent: Dr. J. Rufeisen, Vorsitzender des tschechoslowakischen Landesverbandes.
2. Die Organisation der zionistischen Bewegung. — Referent: Dr. W. Kohner.
3. Kulturarbeit und Hebraisierung. — Referent: Professor V. Freud (Eger).
4. Propaganda. — Referent: Dr. F. Ullmann. Pause.
5. Palästina, wie es heute ist. — Referent: Ing. O. Aschermann.
6. Die nationalen Fonds. — Refer.: Dr. Lichtmann.

Berichte der Ortsgruppen. — Diskussion. — Neuwahlen. — Beschlußfassungen.
Gemeinsames Mittagessen.

Die Zionistische Kreisleitung Olmütz — Proßnitz veranstaltet im Frühjahr 1934 eine Gesellschaftsreise nach Palästina. — Anmeldungen bei Dr. Oskar Zweigenthal, Olmütz, Riegrova 17, Telephon 860.

Vom Palästinaamte

Sonntag, den 8. Oktober fand eine Sitzung der Palästinakommission statt, in der die Neukonstituierung vorgenommen wurde. Zum Vorsitzenden wurde wieder Herr Oskar Karpe, zu seinem Stellvertreter Herr Ing. Oskar Aschermann und zum Kassarevisor Herr Ernst Freud gewählt. Die Palästinabkommission beschäftigte sich hierauf mit der Verteilung der 25 Zertifikate, die außertourlich zur Verteilung gelangten. 5 Zertifikate wurden an Bodedim und 20 Zertifakate an die Chaluzverbände zugeteilt.

Im Anschluß an die Palästinakommissionssitzung fand eine Besprechung der Chaluzverbände statt, an der ein Vertreter des Hilfskomitees und der Sekretär des Palästinaamtes teilnahm. Es wurde bei dieser Beratung insbesondere die Frage der deutschen Chaluzim einer eingehenden Eröterung unterzogen. Nach einer genauen Darlegung der Situation durch Herrn Edelstein und einer klaren Stellungnahme der Frau Prof. Hanna Steiner für das Hilfskomitee wurden nachstehende Beschlüsse gefaßt:

1. Das Hilfskomitee macht alle Verbände und Einzelpersonen darauf aufmerksam, daß es all denjenigen deutschen Chaluzim, die ohne vorherige Anmeldung beim Palästinaamte in die Tschechoslowakei berufen wurden, seine Unterstützung verweigern werde. Es ist also Pflicht der Verbände und der Ortsgruppen, sich unverzüglich mit dem Palästinaamte ins Einvernehmen zu setzen und ein genaues Verzeichnis der in ihrem Orte befindlichen deutschen Chaluzim einzusenden.
2. Die Konferenz konstatiert, daß die bisherige Hachscharah der deutschen Chaluzim vielfach den Anforderungen, die Palästina an Chaluzim stellt, nicht entspricht. Es wird daher beschlossen, dem Landesverbande Hechaluz die Aufgabe zu übertragen, für die Einordnung der deutschen Chaluzim und für ihre geistige Ausbildung zu sorgen. Hiebei wird der Grundsatz festgelegt, daß kein Gewissenszwang ausgeübt werden darf und wird darum das Palästinaamt mit der Kontrolle der Tätigkeit des Chaluzverbandes auf diesem Gebiete betraut.
3. Die Konferenz ist der einheitlichen Auffassung, daß vom Berliner Palästinaamte eine gewisse Anzahl von Zertifikaten an die Prager Palästinakommission abgetreten werden muß, damit den dringendsten Bedürfnissen entsprochen werden kann.

Die Konferenz befaßte sich auch mit der Frage der Durchführung einer Alijahaaktion der tschechoslowakischen Chaluzim und soll auch in diesem Punkte in den nächsten Tagen eine Entscheidung getroffen werden.

Für Karpathorußland

Die Sammelstellen für Kleider, alle Arten von Wäsche, Schuhe, kleine Einrichtungsgegenstände, Seife, Kerzen, Lebensmittel, welche dem Verderben nicht unterliegen, Medikamente befinden sich:

Prag I: Kamila Steinová, U Obecního dvora 7; Prag I: Max Epstein, Lederhandlung, Dlouhá 23; Prag II: Berta Baumová, Žitná 30; Prag V: Irma Engländer, Kaprová 51; Prag VII: Rosa Kienzl, Malá Sternberkova 1254; Lieben: Emil Berner, Drahobejlova 1019; Žižkov: Otilie Kohnová, Havlíčkova 32; Žižkov: Irma Hermann, Chodská 6; Karlin: Otilie Doktorová, Vinohradská 16; Vinohrady: Otilie Weiner, Sázavská 5; Vinohrady: Matilda Roubíčková, Nerudova 48; Strašnice: Rosa Lederer, Na Výsluní 742; Střešovice: Grete Běhal, Pevnostní 8; Smichov: Berta Pollak, V Lesíčku 1; Smichov: Joža Ofner, Nádražní 23; Prag II: Leopold Ascher, Na Poříčí 23.

Wir bitten dringendst, nur gut erhaltene Sachen zu spenden. Geldspenden an das Bankhaus Petschek & Co., Postsparkassenkonto Nr. 50.439 mit Angabe „Jüdische Frauenhilfe für Karpathorußland". Telephonische Anfragen: Nr. 626—30 nur von 9—11 Uhr. Adresse: Jüdische Frauenhilfe für Karpathorußland, Prag I., Dlouhá 41.

Hilfskomitee jüd. Frauen für Karpathorußland, Prag I., Dlouhá 41.

Schiedsspruch

Der geschäftsführende Ausschuß des Zion. Zentralverbandes für die Tschechoslowakei ersucht uns um Veröffentlichung folgender Notiz:

Amtlich. Schiedsgericht des Zionistischen Zentralverbandes.

Schiedsspruch. Das Schiedsgericht der tschechoslowakischen Zionistischen Landesorganisation hat unter dem Vorsitze des Dr. Felix Winterstein, Advokaten in Mähr.-Ostrau und im Beisein der Schiedsrichter Dr. Friedrich Eckstein, Advokat in Tetschen a. E. und Dr. Ernst Lebenhart, Advokat in Prag, auf Grund der Anklage des Anwaltes der zionistischen Organisation, Dr. Max Lasus, Advokat in Proßnitz, vom 12. 5. 1933 nach der in Abwesenheit des Angeklagten Herrn Dr. Paul Kohn, Advokaten in Dux, am 18. Juni 1933 in Prag durchgeführten Verhandlung zu Recht erkannt: Dr. Paul Kohn ist schuldig, daß er eine am 22. 1. 1933 erfolgte, ihm nicht genehme Abstimmung im Verbande der Kultusgemeinden mit deutscher Geschäftssprache in Teplitz-Schönau zum Anlasse nahm, um eine weitere zionistische Tätigkeit abzulehnen, daß er sich dem zionistischen Schiedsgericht trotz wiederholter Aufforderung nicht gestellt hat und daß er die Korrespondenz mit dem Geschäftsführenden Ausschuß und dem Schiedsgerichte in dieser Sache in ungeziemender Form geführt hat. Hiedurch hat Doktor Kohn seine Pflichten gegen die Zionistische Organisation schwer verletzt und wird deshalb und wegen unwürdigen Verhaltens aus der Zionistischen Organisation ausgeschlossen. Dieser Ausspruch wird unwirksam, wenn Herr Dr. Paul Kohn bis 1. August 1933 zu Handen des Geschäftsführenden Ausschusses des Zionistischen Landeskomitees in der Tschechoslowakischen Republik, Mähr.-Ostrau, Hviezdoslavova 3 a) die Erklärung abgibt, daß er sich in Hinkunft der zionistischen Disziplin unterwerfen wird und seine Schreibweise bedauert, b) einen Betrag von 500 Kč für den Organisationsfonds der tschechoslowakischen Landesorganisation und 500 Kč für den Keren Kajemeth und die mit dem Betrage von 420 Kč festgesetzten Barauslagen des Schiedsgerichtsverfahrens bezahlt. Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist ist der Schiedsspruch in der „Selbstwehr" zu veröffentlichen.
Dr. Winterstein, Dr. Eckstein, Dr. Lebenhart.

TURNEN — SPORT

Die wichtigen Beschlüsse des Makabikongresses

Der Kongreß beschließt, die zweite Makabia im Jahre 1935 in Erez Israel zu veranstalten. — Der Kongreß beschließt die Teilnahme an den Westasiatischen Olympischen Spielen in New Delhi zu genehmigen. — Der Kongreß weist darauf hin, daß es zu den wichtigsten Erziehungsaufgaben des Makabi gehört, seine jugendlichen Mitglieder zur Berufsumschichtung zu führen. — Der Makabikongreß vertritt einmütig den Standpunkt der Avodah Ivrith und verpflichtet alle seine Mitglieder auf diese Forderung. — Der Kongreß des Makabi-Weltverbandes fordert vom Waad Leumi die Einsetzung eines Landesamtes für Leibesübungen und die Besetzung dieses Amtes durch einen vom Präsidenten des Makabi vorzuschlagenden Fachmann. — Der Kongreß des Makabi-Weltverbandes fordert von der Stadtverwaltung von Tel-Awiw die Einsetzung eines Stadtamtes für Leibesübungen und die Uebertragung an einen vom Präsidenten des Makabi-Weltverbandes vorzuschlagenden Fachmann. — Der Makabikongreß weist die Länderkreise noch einmal nachdrücklich auf die Schekelpflicht hin. — Der Kongreß begrüßt die Bestrebungen zur Schaffung von jüdischen Jugend- und Sportheimen als einen Weg, die jüdische Jugend zu einem Gemeinschaftsleben in der Natur zu erziehen. — 1. Der Makabi Hazair ist die Jugendbewegung des Makabi. Für den polnischen Makabikreis gilt diese Bestimmung nicht. 2. Der Makabikongreß beschließt, die Arbeit der Landesverbände durch Entsendung von Schlichim aus Erez Israel zu unterstützen. 3. Der Makabikongreß beschließt, gleichzeitig mit der Makabia im Jahre 1935 ein Welttreffen mit dem Makabi Hazair zu veranstalten.

Tschechosl. Makkabikreis. Die ordentliche Kreisvollversammlung findet heuer nicht statt. Die Kreisleitung hat für den 22. ds. eine erweiterte Kreisleitungssitzung nach Prag einberufen, um wichtige laufende Fragen zu erledigen. Näheres im Zirkularwege. — Am 28. und 29. ds. findet in Brno die Bundestagung des Makkabi Hazair statt. — In den nächsten Tagen wird in Prag ein Makkabiah-Bureau errichtet. — Ende dieser Woche erhalten alle Makkabivereine ein wichtiges Zirkular.

Bleibt Amerika der Olympiade in Berlin 1936 fern?

Auf dem Kongreß des Amerikanischen Olympischen Komitees gelangte ein Antrag des Jüdischen Komitees zur Behandlung, die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Berliner Olympiade abzusagen, da, wie vom Jüdischen Komitee vorgelegtes Material bewies, die jüdischen Sportler in Deutschland in einer Weise zurückgesetzt werden, die den Anschauungen des internationalen Sportes kraß widersprechen. Eine Beschlußfassung wurde auf den 22. November vertagt. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß dieser Antrag, um die jüdischen Sportler in Amerika nicht vor den Kopf zu stoßen, zur Annahme gelangt. Eine Nichtteilnahme Amerikas, das fast auf allen Gebieten die besten Sportler besitzt, würde eine Rumpfolympiade bedeuten, so daß schon die Behandlung dieses Antrages in Berlin einige Aufregung hervorrufen dürfte.

Voranzeige. Der jüdische Turnverein Makabi in Mähr.-Ostrau veranstaltet am 12. November 1933, nachmittags 3 Uhr im großen Saale des Lidový Dům seine diesjährige Turnakademie mit einem ausgewählten und umfangreichen Programme. Die jüdischen Vereine von Mähr.-Ostrau und Umgebung werden gebeten, diesen Termin unbedingt freizuhalten.

Leichtathletik. Die vergangene Woche wies einen Hochbetrieb an größeren und kleineren Veranstaltungen auf, von denen vor allem die Wiener Meetings Erwähnung verdienen, bei denen einige Hakoahner ausgezeichnete Leistungen erzielten. Beim Schwedenmeeting lief Blödy 1000 Meter in 2:35,6, König 200 Meter als zweiter 22.7 und Beck 3 Km. in 9:18. Auch

bei den österreichischen Staffelmeisterschaften wiederholte Hakoah ihre vorjährigen Erfolge: 4mal 100 Meter: 3. in 45.3, 4mal400 Meter: 2. in 3:29, 4mal1500 Meter: 2. in 17:41,4, (der zweite Platz ist ein Verdienst Blödys). Olympische Staffel (800, 200, 200, 400) 3. in 3:37,4. — Der Jüd. Athl. Club Brno trug einen Klubkampf gegen den starken SK. Bata Zlín aus, dem alle ersten Plätze zufielen. Einige Leistungen (100-, 200-Meter-Hürden, 800 Meter, Diskus) waren sehr gut. 800 Meter: 72. Berkovsky 2:03,1; 3. Klein. 100 Meter: 3. Lustig 11,3; 3000 Meter: 2. Leser 9:55; 400 Meter: 2. Berkovsky 55.2; 3. Klein 55.8; 200 Meter Hürden: 3. Still 28.4; Kugel: 2. Goldfinger 11.92 Meter, 3. Still 11.40 Meter. Diskus: 2. Still 38.43 Meter, 3. Goldfinger 4mal100 Meter: 2. ZAC. 46.1.

Freitag unterlag die Hagibor-Knabenmannschaft der Slavia mit 28:42 Punkten. Die wichtigsten Ergebnisse: 60 Meter: 2. Hermann 8.6; 4. Schick 8.8. 1 Runde (365 Meter): 1. Pacovsky II 53.6. 6 mal 50 Meter: 1. Hagibor 42 Sek. Hochsprung: 1. Pavocsky II. 145 Ztm.; 4. Aaron 135 Ztm. Weitsprung: 2. Hermann 462 Ztm.; 3. Schick 459 Ztm. — Samstag fand ein internes Meeting des Hagibor statt, das die große mehrkämpferische Begabung Freunds bestätigte, der erwartungsgemäß die Würfe und überraschend die 100 Meter gewann. Auch Petschaus 300-Meter-Leistung verdient Beachtung. 100 Meter: 1. Freund 12 Sek.; 2. Petschau (Brustbreite); 3. Baldus (Brustbreite). 300 Meter: 1. Petschau 38.9, 2. Baldus 39.4; 3. Freund 39.5. Diskus: 1. Freund 34.40 Meter; 2. Petschau 31 Meter. Kugel: 1. Freund 11.69 Meter. Stabhochsprung: 1. Borger 275 Ztm. — Sonntag siegte die Knabenmannschaft in Kolín gegen den dortigen SK. 21:19 und die Zöglinge gegen SK. Kolín und Poděbrady 21:18:15. Knaben: 60 Meter: 2. Hermann 8.6. Kugel (4 Kg.): 1. Fischer 1075 Ztm. Weitsprung: 1. Hermann 435 Ztm. 4 mal 50 Meter: 1. Hag. 29.8. Zöglinge: 100 Meter: 2. Roubitschek 11.8; 3. Schwarz 11.8. Hochsprung: 1. Schwarz 157 Ztm. 1000 Meter: 1. Schnabel 2:54 (disqual.) 2. Weiß 2:57; 3. Schwarz 3:00. 4 mal 100 Meter: 1. Hag. 48.2. — Schipper, Makkabäa Bratislava sprang beim Städtewettkampf Brno—Bratislava im Stabhochsprung 3.10 Meter. — Wolf, der englische 440-Yards-Meister, ist nach einer Meldung des „Israel. Fam.-Bl.“ dem englischen Makkabikreis beigetreten. Seine Bestzeit von 49.4 über 440 Yards wäre ein neuer Makkabirekord.

Fußball: Hagibor gegen SK. Zličín 6 : 0. Durch den Gewinn dieses wichtigen Spieles gegen den punktegleichen SK. Zličín ist der Aufstieg des Hagibor in die 4. Klasse fast sicher. Hagibor überrannte in den ersten 20 Minuten seinen Gegner und schoß in dieser Zeit vier Tore. Torschützen: Winter 4, Fischmann und Weinberger. Hagibor Zöglinge gegen SK. Slany 1 : 1 Pokalspiel. Makkabäa Bratislava gegen Patronka 1:6.

Der Deutsche Fußball-Club Prag hat es nicht leicht. Brachte da der „Wiener Tag“ die aufregende Nachricht, zwei Mitglieder des DFC.-Vorstand bemühen sich um die Einführung des Arierparagraphen in ihren Klub. Natürlich Kopfschütteln, Anfragen, Antworten. Nein, man denke an so etwas nicht im entferntesten und die Unglaubwürdigkeit dieser Nachricht gehe schon daraus hervor, daß es im Vorstand des DFC nur — einen Arier gebe.

Tennis: Prenn gewann die Meisterschaft von Paris durch einen 2—6, 3—6, 6—2, 6—3, 6—4-Sieg über Boussus, nachdem er den spanischen Spitzenspieler Maier 6—4, 6—4, 6—2 und den Franzosen Lesneur 6—1, 7—5, 5—7, 6—2 ausgeschaltet hatte. Gegen Gentien gewann er 6—2, 6—2, 6—2. — Beim Tennisturnier in Meran gewann Wittmann gegen Taroni (Italien) 5—7, 7—5, 7—5, gegen Haensch 6—4, 6—2 und verlor gegen Matejka 2—6, 5—7. Hecht gewann gegen Eiffermann 6—0, 6—3, gegen Ellmer (Schweiz) 6—2, 6—2 und verlor gegen de Stefani.

Ein Tanzkränzchen wird am 19. ds. im Wintergarten des Café Aschermann vom ZSK. Hagibor veranstaltet. Gleichzeitig Verteilung der Preise von den Makkabi-Kampfspielen.

Der Jüdische Turnverein Makkabi, Bratislava, hat das Turnen in allen Abteilungen aufgenommen. Kinder bis 7 Jahre: Dienstag, Donnerstag, 6—7, Realschule. Schülerinnen (7—13 Jahre) Dienstag, Donnerstag 6.30 bis 7.30, Realschule; Schüler (7—13 Jahre) Dienstag, Donnerstag 6.30 bis 7.30 Bürgerschule; Mädchen (13—17 Jahre) Montag, Mittwoch, 7 bis 8, Realschule: Zöglinge (13—17 Jahre) Montag 7 bis 8; Mittwoch 7.30 bis 9, Bürgerschule: Turnerinnen: Dienstag, Donnerstag, 7.30 bis 9, Realschule; Turner: Montag, Donnerstag, 7.30 bis 9 Bürgerschule. Außerdem findet ein Spezialkurs für rhythmische Gymnastik für Damen Montag und Mittwoch von 8 bis 9 Uhr in der Realschule statt. Dieser Kurs ist namentlich für Damen, die nicht mehr Geräturnen wollen, gedacht und erfreut sich regen Zuspruchs. — Für Herren wird gleichfalls ein Spezialkurs für Gymnastik eingeschaltet. — Die jüdische Turnerschaft plant heuer großzügige Veranstaltungen, welche durch die am 15. ds. im kleinen Redoutesaal um 8 Uhr stattfindende Jugendakademie eingeleitet werden. Samstag, den 9. Dezember findet eine Repräsentationsveranstaltung des Makkabi in allen Sälen der Redoute statt, deren Höhepunkt eine Turnakademie sein wird, an welcher alle Abteilungen des Makkabi teilnehmen werden. Im Sommer des nächsten Jahres findet in Bratislava das Gauturnen des westslowakischen Makkabigaues statt.

PRAG

Veranstaltungskalender:

13. Oktober: Techeleth Lawan: Simchath-Thora-Neschef., Beth-Haam, IV. Stock. Gäste willkommen.
14. Oktober: Jüd. Schulv.: Simchath-Thora-Feier im Festsaal des Beth-Haam, 8 Uhr abends.
15. Oktober: Snif Hechaluz: Diskussionsabend. Gäste willkommen. Techeleth-Lawan-Heim, Beth-Haam, IV. Stock.
17. Oktober: Jüdischer Frauenv.: Vortrag über den XVIII. Zionistenkongreß. Vortragende: Frau Olga Bobasch und Ing. O. Aschermann, Café Aschermann, Blauer Saal, 8 Uhr abends.
27. Oktober: Barissia-Jordania: 60sem. Stiftungsfest. 20 Uhr Begrüßungsabend, Hotel Palac.
28. Oktober: 10 Uhr, Festconvent, Hotel Palac. 15 Uhr Alt-Herrenconvent, Hotel Palac. 20 Uhr Festabend mit Tanz, Festsaal Beth-Haam.
29. Oktober: 10 Uhr, Alt-Herrenconvent, Hotel Palac. 16 Uhr Fortsetzung des Alt-Herrenconvents. 20 Uhr Abschiedsabend, Bude Beth-Haam.

Heinz Politzer:

Ernst Deutsch

in „Ein Mantel, ein Hut, ein Handschuh“, Schauspiel in drei Akten von Wilhelm Speyer, erstaufgeführt am Neuen Deutschen Theater in Prag am 4. Oktober 1933.

Die tragische Größe des Schauspielers Ernst Deutsch findet sich darin, daß er einen Typus verkörpert, der (mit wenigen, darum freilich um so bemerkenswerteren Ausnahmen) seit dem literarischen Expressionismus wahrhafter dichterischer Gestaltung abhanden gekommen ist: den Typus des interessanten Mannes. Er muß, um seine Rollen zu suchen, in weit tiefere Niederungen gegenwärtiger Dramenproduktion hinabsteigen, als es sich mit seinem künstlerischen und menschlichen Niveau vereinbaren läßt, wenn er den Mut nicht fassen kann, nach der Vergangenheit zu gehen, wo aus den Träumen der Frauen und Knaben den Dichtern just jene Gestalten erwachsen sind, die er und auf der deutschen Bühne von heute nur er mehr völlig darzustellen versteht. Ein Typus nur, doch welche Mannigfalt der Zwischengestalten sind ihm erlaubt! Zwischen dem Grauen des Grand Guignol und Hofmannsthals Schwierigem dehnt sich die schier unermeßliche Weite schauspielerischer Möglichkeiten, und Ernst Deutsch brauchte nur einen beherzten Schritt rückwärts zu tun, um sich ein Repertoir sondergleichen zu gewinnen!

Es scheint, als spiele dieser Schauspieler seinen Part niemals nach den Extremen seiner Begabung, nach dem Grausigen und Schwermütigen hin, völlig aus, sondern als fasse er in die Gestalt, die er nun eben einmal verkörpert, alle die komödiantischen Nüancen, die zu durchlaufen er überhaupt fähig ist. Keine seiner Figuren entbehrt der zweideutigen und pathologischen Züge, schon im dunklen Timbre seines Parlandos flackert die innere Unrast ja auf, aber alle seine Gestalten haben — und dies mag altösterreichisches, Prager Erbteil sein — eine leise schwermütige Anmut, die in ihrem Schweigen am lautesten spricht. Dies Schweigen nun ist kein Verstummen, sondern der höchst deutliche Ausdruck seelischer Anspannung, der sich zumal im vielfältigen Leben seiner Augen offenbart. Ernst Deutsch ist so recht der interessante Mann des Salons, seine Verruchtheit hat gleichsam Handschuhe an und seine Schwermut verbrämt auf seltsam ironische Art die jäh aufgerissenen Abgründe seiner Seele. Dieser Schauspieler, dessen Element die Routine zu sein scheint, ist wohl der wenigst routinierte von allen. Sein Spiel ist ein beständiges Sichgehenlassen und Sichbändigen und dennoch sind die Augenblicke des Umbruchs die stärksten, jene, in denen der Herr zum Mörder, der Mörder zum wissenden Büßer wird.

Wilhelm Speyer hat in der Schablone überkommener Kriminalstücke (wann endlich steht der letzte Gerichtssaal auf der Bühne?) ein handwerklich anständiges, mitunter psychologisch übermotiviertes Theater gemacht. Erst dort, wo er Ausflüge ins Pathos sozialer Anklage oder in die Dichtung unternimmt, merkt man die Identität des Dramatikers Speyer mit dem Epiker gleichen Namens, und nicht eben mit Freude. Die Fabel des Stücks, wenig überraschend in der Konstruktion, spannt dennoch mit großem Geschick. Sie läßt einen Advokaten zum Mörder werden, weil er seine untreue Frau in der diffamierenden Nachbarschaft einer Dirne vermutet, die sein Nebenbuhler aus dem Wasser gezogen hat. Der Gärtner wird zum Bock, der Bock wiederum zum Gärtner, der Mörder zum Anwalt des Rechts, und wenn er das Gericht zu gutem Ende an der Nase herumführt, so beweist dies durchaus nicht sein allzu oft beteuertes Genie, sondern bloß die abgründige Dummheit solcher Kulissenjustiz.

Herrn Gellners Inszene läßt aufatmen, man merkt seinen imperatorischen Verstand noch in den Gebärden der Episodisten. Die Aktschlüsse vor allem sind in meisterlicher Dynamik gestaltet. Für das Mundartenbabel, das auf der Bühne herrscht, ist er wohl ebenso wenig zur Verantwortung zu ziehen wie für die vergeblichen Kämpfe seiner Schauspieler mit dem Requisit.

Felicitas, des Dichters eigentlich geliebter Figur, gewährt Frau Berndt herbe Mädchenhaftigkeit, während sie ihr verweigert, was ihr eigentlich gebührte: bäurische Kraft und Ursprünglichkeit. Sie spielt eine andere Rolle als jene, die sie spricht, diese neue jedoch erfüllt sie mit reinstem Gefühl. Frau Behrens läßt die Dirne einer Zeichnung von Käthe Kollwitz entsteigen, sie findet, mit äußerster Selbstverleugnung, zumal in der Pantomine der ersten Szene, lautere und reinere Töne sozialen Protests, als das der Autor im nachhinein vermag. Frau Reiter und Herr Kurz sind vor Gericht beweiskräftige Zeugen der Regie, die sie führt, Herr Valk und Herr Hölzlin machen gute Maske — Herr Ströhlin endlich findet in der ungezwungenen Männlichkeit seiner Rolle zu sich selber und zu verdientem Erfolg.

Die jüdischen Kulturkurse der Wizo

beginnen Montag, den 16. Oktober, mit einem Vortrage Dr. Max Brods über Franz Kafka. Am 17. d. M. beginnt der Zyklus von Dr. Feld über: „Die Juden im Film.“ Am 18. d. M. spricht Dr. Grab über Proust. Ermäßigte Studentenkarte zu 2 Kč pro Vortrag und außerdem Einzelkarten zu jedem Vortrag. Anmeldungen für die Kurse sind bis spätestens 16. Oktober an die Wizo (Kulturkurse), Prag I., Dlouhá 41, zu richten. Die Kurse finden im Sitzungssaal des Beth-Haam (Dlouhá 41, 2. Stock) statt.

Die in unserem Blatte kundgemachten Hebräisch-Kurse der Prager jüdischen Gemeinde haben einen starken Widerhall gefunden. Mit dem Unterricht wird Mitte Oktober begonnen werden. Anmeldungen in der Gemeindekanzlei Prag V., Maislova 18.

Vortragsabend über den Zionistenkongreß. Am 3. d. M. veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft soz. Zionisten im gut besuchten Wintergarten des Beth-Haam einen Vortragsabend über den Prager Zionistenkongreß. Dr. Heinz Guttenstein erklärte in einer gründlichen Analyse die Gegensätzlichkeiten im zionistischen Lager, während Jaakow Edelstein seine rhetorisch und inhaltlich hervorragenden Ausführungen den konkreten Kongreßgeschehnissen zuwandte. Dr. Chaim Kugel ergänzte die Ausführungen Edelsteins durch eine nähere Schilderung der einzelnen Mitglieder der neuen Exekutive. Der Tenor aller drei Referate lag in der Feststellung, daß der unter schwierigsten Umständen arbeitende Kongreß seine Aufgabe erfüllt hat und es die Pflicht aller Zionisten sei, durch verstärkte Tätigkeit auf allen Gebieten der zionistischen Aufbauarbeit die neue Exekutive zu unterstützen.

Das moderne tschechisch-hebräische Lehrbuch erscheint demnächst in fünf Heften. Das erste Heft enthält über zweihundert der wichtigsten Vokabeln. Die tschechische Transkription ermöglicht das Studium auch ohne Kenntnis der hebräischen Buchstaben. Alle Vokabeln sind sowohl unpunktiert als auch punktiert, so daß jeder von Beginn an das Lesen unpunktierter Texte lernt. Das erste Heft erscheint im Umfange von 20 Seiten, Taschenformat, im Selbstverlage Isi Sud. Preis des ersten Heftes 5 Kč, bei Abnahme von 15 Stück ein Gratisexemplar. Zu bestellen bei Isi Sud, Praha XII., Sázavská 5. oder durch die „Tarbut“.

Große Simchath-Thora-Feier des Jüdischen Schulvereins mit anschließendem Tanz. Am Samstag, dem 14. Oktober, 8 Uhr abends im Festsaal des Beth-Haam. Es wirken mit: Konzertsängerin Frau Erna Fischer-Vogl, Generalmusikdirektor Karp aus Bonn (Viola-Solo), Kapellmeister Frank Pollak (Klavier-Solo), Frau Durst von der Plaza Berlin (Soubrette), Tenor J. Segal-Berlin (Jüdische Volkslieder), Sascha Razov (Kuplets und Sketch); Mary-Boys. Buffet, Tombola. Karten zu 20 Kč und 13 Kč bei den Ausschuß-Mitgliedern; Studenten 6 Kč an der Abendkassa.

Jüd. Frauenverein, Prag. Einladung zu dem am Dienstag, den 17. Oktober, um 8 Uhr abends im Café Aschermann stattfindenden Vortragsabend über den 18. Zionistenkongreß. Vortragende: Fr. Olga Bobasch und H. Ing. Oskar Aschermann. Mitglieder und Gäste herzlich willkommen.

70. Geburtstag. Am 19. ds. begeht der bekannte und verehrte Arzt Herr MUDr. Julius Fischer in Uhl. Janovice seinen 70. Geburtstag. Am 19. Oktober 1863 in Mokrá Lhota bei Bystřic in Böhmen geboren, absolvierte er in Beneschau, bzw. Prag seine Gymnasialstudien, woselbst er auch seine medizinischen Studien vollendete. Nach mehrjähriger Praxis kam er im Jahre 1895 als Stadtarzt nach Uhl. Janovice und wirkte als solcher bis zum Anfang dieses Jahres sehr segensreich, so daß er sich allgemeiner Beliebtheit erfreut. Seit seinem Aufenthalt in Uhl. Janovice betätigt sich Herr Dr. Fischer sehr rege an der Leitung der Jüdischen Kultusgemeinde, der er seit einer Reihe von Jahren als Rosch Hakohol und als erster Chewra Gabe vorsteht. Ihm ist es zu danken, daß sich diese Gemeinde bis heute so schön erhalten hat. Dr. Fischer, ein Bücherfreund und Förderer jüdischer Werke, schenkte vor einiger Zeit einen großen Teil seiner wertvollen Zeitschriftensammlung und Bücher der Bibliothek der Jüdischen Kultusgemeinde in Prag. Möge es ihm gegönnt sein, zum Wohl des Judentums noch lange tätig zu sein.

Dr. T. Jakobovits.

Promotion. Gründungsmitglied und derzeitiger Obmann der Judea, Verein jüd. Hochschüler aus der Slowakei, Leo Guttmann, wurde Samstag, den 7. Oktober in der Prager Deutschen Universität zum Doktor der gesamten Heilkunde promoviert. Die Judea entbietet Dr. Leo Guttmann die herzlichsten Gratulationen.

Die Lese- und Redehalle jüdischer Hochschüler eröffnet wieder ihre Hebräischkurse für Anfänger und Fortgeschrittene unter der bewährten Leitung von Menachem Goldenteil. Anmeldungen sind zu richten an die Halle, Prag I., Dlouhá tř. 22, oder telephonisch Nr. 605-10.

Hannah Stahn, die Dichterin der kosmischen Tragödie „Faustus redivivus“, die im Vorhitler-Deutschland drei Auflagen und einstimmige Anerkennung erlebte, tritt, kurz vor dem Erscheinen der spanischen und neu durchgearbeiteten, erweiterten deutschen Neuauflage — die sie dem reichsdeutschen Buchhandel vorenthalten wird — als Emigrantin am Sonntag, den 15. ds., abends 8 Uhr, im Café Aschermann, Prag I., Dlouha 41, mit einem ihrem Werke gewidmeten Kunstabend vor die Prager Presse und einen Kreis literarisch Interessierter. Die „Taufpaten“ des Werkes, das in seiner Entstehung eigenartiger okkulter Anklänge nicht entbehrt, von einem Teil der Kritik geradezu als der 3. Teil des Goethe'schen „Faust“ bezeichnet wird, sind der jüngst von Verbrecherhand gefallene Prof. Dr. Theodor Lessing und der französische Gelehrte Camille Flamarion, mit denen langjährige Freundschaft die Dichterin verband.

Warnung! Die v. t. Kultusgemeinden, resp. deren Vorsteher werden ersucht, dem Paul Bleier, Tapeziderergehilfen aus Berehovo (Karpathorußland) keine Unterstützung zu gewähren! Derselbe hat auch gefälschte Papiere auf den Namen Pollak aus Berehovo!

BRÜNN

Unser jüdisches Theater

Bereits seit vielen Jahren besteht hier in Brünn der Verein „Jungjüdische Bühne“ und vermochte sich im Kunstleben des Brünner Judentums eine gewisse Stellung zu schaffen. Im Gegensatz zu anderen Dilettantenvereinen ist man redlich bemüht, Stücke auszuwählen, die nicht bloß irgend wann einmal ein durchschlagender Theatererfolg gewesen sind: Die Jungjüdische Bühne sucht Neuland. Und in der vergangenen Saison wurden durchwegs Schauspiele auf die Rampe gestellt, die tief verankert waren mit dem Volksleben unserer jüdischen Gegenwart. Neuland zu finden ist nicht immer leicht. Die Produktion guter jüdischer Theaterstücke ist äußerst gering, für die Wesensart der Jungjüdischen Bühne kommt naturgemäß ein noch kleinerer Kreis in Betracht, weil man die Fähigkeiten eines beschränkten Bühnenraumes, eines Schauspielerstabes von Amateuren, nicht überspannen darf. Aber wenn unsere jungen Leute sich für ein Stück entschieden, dann können sie es, dann bringen sie es auf die Bretter, daß man es frohgemut bestaunen kann.

Auch heuer hat die Jungjüdische Bühne zeitgerecht ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Unter der bewährten Obmannschaft Max Allerhands geht man an die Durchführung eines überaus interessanten Programms.

Die Freunde der Bühne haben oft genug den Wunsch geäußert, die Fähigkeiten unserer jungen Künstler an einem Lustspiel erwiesen zu sehen. Deshalb geht man für die erste Premiere in der heurigen Saison an die Einstudierung eines guten jüdischen Lustspiels. „Onkel Bernhardt“ heißt es, stammt aus der heiteren Laune von Friedmann und Kottow, einem Paar bestbewährter Autoren. Nicht jüdische Karikaturen stellt es auf die Bühne, sondern jüdische Charaktere. Darin liegt der Wert dieses Lustspiels. Vor einer Reihe von Jahren ging es an Suite über die „Neue Wiener Bühne“ und auch hier wurde es im Deutschen Theater gespielt.

Doch nicht nur „heiterer Muse“ allein, weiht die JJBB. ihren Dienst. Dem Ernst der Zeit Rechnung tragend folgt als zweiter Abend: „Gesellschaft“ von Galsworthy. Auch dieses — an Schauspieler und Regie die allerschwersten Anforderungen stellende — Stück des berühmten englischen Dramatikers, blickt auf eine ruhmreiche Theatervergangenheit zurück. Max Reinhardts „Theater in der Josefstadt“ spielte es über 150mal. Auch zu dieser Premiere sind die vorbereitenden Arbeiten bereits im vollen Zuge.

Damit ist wohl diese Vorschau, aber noch lange nicht das Programm unserer jüdischen Künstler für die kommende Spielzeit, erschöpft. Außerdem stehen uns noch eine Reihe genußreicher Abende bevor. Nur eines fehlt der Jungjüdischen Bühne, wenigstens bis zu einem gewissen Grad: Neue junge jüdische Menschen, die Lust und Liebe fühlen die Kunst des Komödienspiels am eigenen Talente zu erproben. Menschen, die die Fähigkeit besitzen, die Bewegung ihres inneren Erlebens sichtbar zu machen, für diejenigen, die gekommen sind, um zu sehen, zu erleben, sich zu freuen. Menschen, denen man vier wacklige Stühle hinstellen kann, und die selbst auf dieser primitivsten Bühne der Welt zeigen wollen, wie ein Mensch seine Tränen lacht und seine Freude weint.

No.

Tempelkonzert „Hanigun“. Der „Hanigun“, der bei seinem ersten Auftreten in Brünn einen so nachhaltigen Eindruck hinterließ, sang diesmal im großen Tempel im Rahmen eines Tempelkonzertes. Wieder erweckten der prachtvolle Zusammenklang der durchwegs schönen und geschulten Stimmen sowie die fein differenzierte Abgetöntheit und Beseeltheit des Vortrages tiefe Bewunderung, die zum großen Teil auch der lebendigen und feinsinnigen Führung des Dirigenten Ch. Wimawer galt. Das Programm bestand diesmal fast durchwegs aus synagogalen Gesängen, die diesmal noch mächtiger und eindrucksvoller als jüngst im Dopzsaal wirkten und das zahlreich erschienene Publikum, das sich jeder Beifallsäußerung enthielt, stark ergriffen.

A. St.

Toynbeehalle. (Konstituierende Ausschußsitzung.) In der am 2. ds. abgehaltenen Sitzung wurde abermals Dr. Stransky zum Obmann und Prof. Dr. König zu seinem Stellvertreter gewählt; ferner Professor Dr. Vogl zum Schriftführer und Professor Frankfurter zum Kassier. Obmann Dr. Stransky widmete dem kürzlich verstorbenen Mitglied und Kassier Heinrich Zaitschek, der auch als Vortragender sich hervortat, einen ehrenden Nachruf, und dem nach Mähr.-Ostrau versetzten ehemaligen Schriftführer Oberlehrer König Worte der Anerkennung und des Dankes. Es wurde beschlossen, die Vorträge in altgebrachter Weise jeden Sonntag abzuhalten, darunter einmal im Monat einen musikalischen Nachmittag zu veranstalten und schließlich wie alljährlich an eine Kinder-Chanukkafeier im großen Tempel zu schreiten.

A. St.

Die Trauung der Gg. Erna Eisinger mit Erwin Elbert findet am Sonntag, dem 15. ds. um 12.15 Uhr im Tempel, Koliště 57, statt. Wir gratulieren aufs herzlichste.

Simchath-Thora-Feier. Die Kultur- und Jugendorganisation der Zionistischen Organisation (Kujko) veranstaltet am Samstag, dem 14. ds. um 20 Uhr im Dopz eine Simchath-Thora-Feier, mit der das diesjährige Arbeitsjahr eingeleitet wird. Das vorbereitende Komitee hat alle Anstalten getroffen, um dieser Veranstaltung einen günstigen und gelungenen Verlauf zu sichern. Die beiden Jungwizogruppen in Brünn übernahmen das Büfett. Ein lustiges und originelles Programm liegt vor. Eintritt 6 Kč, Studenten Kč 3.60. Besondere Einladungen ergehen nicht.

Die Arbeit der Kujko. Am 7. ds. fand unter dem Vorsitz Dr. Otto Tichos eine Sitzung der Kultur- und Jugendkommission der Zionistischen Organisation (Kujko) statt. Dr. Otto Ticho entwickelte bei dieser Sitzung das Programm der Kujko im kommenden Jahre. Die Tätigkeit wird mit der Simchath-Thora-Feier aufgenommen. Die Vorträge und Vorlesungen finden jeden Donnerstag statt. Am 19. ds. beginnt Dr. Benedikt Kurzweill einen jüdisch-historischen Zyklus mit dem Vortrag „Grundbegriffe der alten jüdischen Geschichtsschreibung“. Am 26. ds. eröffnet Dr. Oskar Kwasnik-Rabinowicz einen Zyklus über „Neuhebräische Kultur“ (Literatur, Presse, Schule, Theater). Auch im kommenden Trimester wird die Kujko der „Zionistischen Monatsrevue“ (Gesprochene Zeitung) und der „Zionistischen Bilderschau“ ihr Augenmerk schenken und diese ausgestalten. Die Frage des neuen Präsidiums der Kujko wurde eingehend durchgesprochen und in dieser Richtung Beschlüsse gefaßt.

Hebräisch- und Tschechischkurse. Die Jüdische Frauenorganisation veranstaltet, beginnend mit dem 15. Okt., hebräische und tschechische Sprachkurse, die öffentlich zugänglich sind. Informationen darüber erteilt das Sekretariat der Frauenorganisation Koliště 57, das ab 14 Uhr telephonisch (33.865) erreichbar ist.

Zionistische Vorträge an der Komenský-Volkshochschule. Die hiesige Komenský-Volkshochschule veranstaltet einen Zyklus von drei Vorträgen über die zionistische Bewegung und den Palästinaaufbau. Diese Vorträge finden am 26., 28. und 30. Oktober statt. Es sprechen Ing. Otto Heilig, Dr. Rudolf Hostonsky, Dr. Otto Pollak, Dr. Oskar Rabinowicz und Doktor Franz Friedmann (Prag).

Bundesführertagung des Makabi Hazair. Vom 27. bis 29. ds. findet in Brünn die Bundesführertagung des Makabi Hazair statt. Im Rahmen dieser Tagung sind eine Reihe von Veranstaltungen geplant.

Jungjüdischer Gesangverein. Jeden Montag, 20 Uhr 15, finden die Proben des Jungjüdischen Gesangvereines im Musikinstitut Bachner, Koliště 15, statt. Sangeslustige Damen und Herren sind stets willkommen.

Bunter Abend des Makabi. Die Fußballsektion des Makabi, Verein für Turnen und Sport in Brünn, veranstaltet am Samstag, dem 4. November im Großen Dopzsaal einen bunten Abend (Programm und Tanz).

Kochbuch der Jüdischen Frauenorganisation. Im Verlag der Jüdischen Frauenorganisation ist ein Kochbuch (mit koscheren Kochrezepten) erschienen, welches zum Preis von 25 Kč bei der Frauenorganisation, **Koliště 57, bestellt werden kann.**

BRATISLAVA

Veranstaltungskalender für Bratislava:

15. Oktober: Generalversammlung des KKL. um 8 Uhr abends im großen Saale des neuen Handelsgremiums.
21. Oktober: Generalversammlung des Ahavath Zion-Vereines.
24. Oktober: Kujko-Abend im großen Saale des neuen Handelsgremiums.
29. Oktober: Im großen Saale der städtischen Redoute Konzert des „Hanigun" im Arrangement der Wizo.

Ahasver-Aufführung in Bratislava: Die Keren-Kajemeth-Kommission Bratislava bereitet gemeinsam mit der Kujko die Aufführung des „Ahasver" für Sonntag, den 12. November im Stadttheater vor. Die Regie der in großem Rahmen vorbereiteten Veranstaltung liegt in den bewährten Händen von Isi Reiß.

Die Trauung der Tochter des Abgeordneten Doktor Julius Reisz, Ily Reisz, mit Dr. Eugen Jelinek, Advokaten in Preßburg, findet am Sonntag, dem 15. Oktober l. J. statt.

GEMEINDEN

Bánovce. Der Zionistenverein in Bánovce und die Jüdische Partei in Bánovce gratulieren herzl. ihrem Vizepräses und agilen Vorkämpfer der zionistischen Idee, Herrn Dr. Adalbert Winterstein zu seiner Vermählung mit Frl. Dr. Margit Rosenberg. Der Zionistenverein spendete zugleich einen Oelbaum in Erez auf den Namen der Neuvermählten.

Eger. (Hebräischkurse der Zionistischen Ortsgruppe.) Wie an so vielen Orten, hat auch in Eger das zionistische Leben in der letzten Zeit starke Impulse erhalten. Daher darf die zionistische Ortsgruppe darauf hinweisen, daß ihre Tätigkeit im letzten halben Jahre von schönen Erfolgen begleitet war. Die Anzahl ihrer Mitglieder hat sich verdoppelt, ihre Veranstaltungen begegnen starkem Interesse. Vor allem aber ist das Interesse beachtenswert, das den von ihr eingerichteten Hebräischkursen entgegengebracht wird. Hebräischkurse für die Jugend, die vom Rabbiner der Gemeinde, Herrn Dr. J. Schapira, geleitet werden, bestehen schon seit mehreren Jahren; nunmehr sind solche Kurse auch für Erwachsene eröffnet worden. Wenn sich nun eine verhältnismäßig stattliche Anzahl von Teilnehmern gemeldet hat — in den bisher bestehenden zwei Kursen für Erwachsene werden 43 Personen unterrichtet, doch dürfte diese Zahl wachsen —, so ist diese erfreuliche Tatsache wohl in erster Reihe auf die Erkenntnis zurückzuführen, daß heute jeder Jude, der den gegebenen materiellen Verhältnissen Rechnung tragen will, hebräisch lernen muß. Dazu kommt aber für jeden, der zu seinem Judentum zurückgefunden hat, die weitere Erkenntnis, daß die jüdische Seele den ihr adäquaten Ausdruck nur in der alt-neuen Sprache unseres Volkes findet. Sehr schön wurden diese Gedanken in einer Ortsgruppenversammlung, die am 7. September stattfand, ausgesprochen. Ein glücklicher Zufall hatte es gefügt, daß um diese Zeit Prof. Maimon vom Herzlich-Gymnasium in Tel Awiw in Franzensbad weilte. Dieser hielt in der erwähnten Versammlung einen Vortrag, in welchem er über das jüdische Schulwerk in Erez Israel berichtete und in überzeugender Weise darlegte, daß das Hebräische das Band zwischen Erez Israel und der Golah bilde. Seine Ausführungen wurden wirksam ergänzt von einem zweiten palästinensischen Gast, Herrn Schereschewski, der die Notwendigkeit, hebräisch zu lernen, vom praktischen Standpunkt erörterte, und Herrn Rabb. Dr. Schapira, der (hebräisch und deutsch) für den idealen Wert unserer Sprache als Ausdruck der jüdischen Seele zündende Worte fand. Herr Dr. Schapira leitet ebenso wie die Jugendkurse, auch die Kurse für die Erwachsenen. Und er tut es mit liebevollem Eifer, der sich auch auf alle seine Schüler überträgt, so daß er mit einem vollen Erfolg seines Unterrichtes rechnen kann.

Olmütz. Die „Jüdische Partei in der ČSR.", Ortsgruppe Olmütz, veranstaltet tschechische Sprachkurse für Anfänger und Fortgeschrittene. Die Besprechung der Kursteilnehmer findet am Dienstag, dem 17. Oktober l. J. um 8 Uhr abends im Sitzungssaale der isr. Kultusgemeinde in Olmütz statt. Anmeldungen bei Dr. Oskar Zweigenthal, Advokat in Olmütz, Riegrova 17.

Teplitz-Schönau. In der letzten Zeit fanden im Rahmen der Liga für das arbeitende Erez Israel folgende Veranstaltungen statt: Am 7. August sprach Ch. Dr. Willy Klement (Aussig) in einem interessanten Vortrag über die Besiedlungsmöglichkeiten Transjordaniens. An den Vortrag schloß sich eine rege Debatte an, an der sich besonders Ch. Eylen beteiligte. Am 14. August sprach Ch. Ing. Viktor Bauer (Prag) in einem sehr gut besuchten Heimabend über die Ideologie des Zionismus. Der Referent verstand es, in seinem rethorisch und inhaltlich hervorragenden Vortrag die Grundzüge des Zionismus kurz und übersichtlich zusammenzufassen. Infolge des Kongresses, an dem sich die meisten unserer Chaverim beteiligten, mußten die nächsten Heimabende entfallen. Unsere Herbstarbeit begannen wir mit einem Referat von Ch. Dr. Karl Liebstein, der am 4. September über die Lage nach dem Kongreß sprach. Der Referent schilderte anschaulich die Situation, die der Kongreß außenpolitisch, innerzionistisch und in bezug auf die Weiterentwicklung Palästinas geschaffen hat. Am 11. September erzählte uns Ch. F. Flußmann (Giwath Chaim) von den Arbeiten im Kibbuz und von den ersten Anfängen der Siedlung Giwath Chaim. Durch dieses Referat gewannen wir einen wertvollen Einblick in das alltägliche Leben im Kibbuz mit allen seinen Sorgen und Freuden. Ueber „Allgemeine Nährpflicht" sprach am 18. September Herr Alfred Karpe. Er hielt ein kurzes Referat, woran sich eine Debatte anschloß, an der sich fast alle unsere Chawerim beteiligten. Da die hiesige Wizo für den 25. September einen Vortrag von Ch. Toni Freund (Gablonz) veranstaltete, über den hier schon berichtet wurde, mußte unser für denselben Abend vorgesehener Heimabend entfallen. Am 2. Oktober hielt Ch. JUC. Franz Steiner ein ausgezeichnetes Referat über „Demokratie im Judentum". Er behandelte das Thema vom historischen Standpunkt und zeigte den Zusammenhang der Demokratie mit dem jüdischen Wesen von altersher bis zur neuesten Zeit im Zionismus. In der angeregten Debatte sprachen Ch. Moritz Kalb, der zum Thema vom marxistischen Standpunkt Stellung nahm, Ch. Dr. Fritz Ullmann (Karlsbad), der besonders die demokratische Einrichtung des Kongresses behandelte, Herr A. Scheuer, Herr Schling, schließlich die Chawerim Rabl und Spiegel. Die Chawerim J. Dankner, David Kletter und Adolf Reich verließen uns am 11. September, um nach Erez zu übersiedeln. Wir veranstalteten aus diesem Anlaß am 7. September einen Abend, an dem wir von den Chawerim Abschied nahmen. Für die Liga sprach Ch. Oliner, für Tarbuth Ch. Eylen und für Makabi Herr Kuftner. Der sehr gemütliche Abschiedsabend erhielt besonderen Reiz durch die Anwesenheit unserer in Prag studierenden Freunde aus Erez. Auch zur Abfahrt der scheidenden Chawerim hatte sich am Hauptbahnhof eine große Zahl unserer Chawerim eingefunden. Wir schieden ungern von unseren Chawerim, die hier fleißige Arbeiter waren, freuen uns aber mit ihnen, daß sie als erste Chawerim unserer Gruppe nach Erez gehen konnten. Für die nächste Zeit haben wir ein reichhaltiges Arbeitsprogramm, die Ligaabende finden regelmäßig jeden Montag im Heim, Hotel Rathaus, statt.

Uh. Hradiště: Am 7. d. M. sangen im hiesigen Tempel vor hunderten jüdischer und arischer Gäste die Künstler des „Hanigun" unter Leitung Ch. Winawers hebräische Chöre und jiddische Volkslieder. Noch niemals wurde hier ein Konzert so gediegener Kräfte gehört wie an diesem Abend. Das jüdische Volk hat es Hitlers Gleichschaltung zu verdanken, daß eine Gruppe hervorragender jüdischer Solisten sich zu einem Körper vereinigt, der uns dazu berufen erscheint weiten Schichten zu zeigen, daß es eine wahre hebräische und jüdische Kunst gibt und diese zu verbreiten. Jedes Lied, jeder Choral waren künstlerische Leistungen eigener Prägung, vollendet in Form und eigenartiger Interpretation, tiefst empfunden und mit Liebe wiedergegeben. Kein Wunder, daß der Beifall sich stets steigerte und nach Lewandowskys „Halelujah", dessen Fülle nur mit den Tönen einer mächtigen Orgel verglichen werden konnte, überhaupt kein Ende nehmen wollte. Wir danken den Künstlern und wünschen auf dem weiteren Tournee viel Glück.

Gebetsordnungen

Sukkoth.

Tempel Weinberge.

Mittwoch, 11. Oktober,	abends	5 Uhr 30
Donnerstag, 12. Oktober, Haschkamah		6 Uhr 15
	früh	8 Uhr 30
Maskir und Predigt		10 Uhr 15
Minchah		3 Uhr
Simchath Thora	abends	6 Uhr
Freitag, 13. Oktober, Haschkamah		6 Uhr 16
	früh	8 Uhr 30
Schabboth-Breischith	abends	5 Uhr 15

Tempel Smichov.

Mittwoch, 11. Oktober,	abends	5 Uhr 30
Donnerstag, 12. Oktober	früh	8 Uhr 30
Predigt und Maskir		9 Uhr 30
	abends	6 Uhr
Freitag, 13. Oktober	früh	8 Uhr 30

Jerusalemstempel.

Mittwoch, 11. Oktober,	abends	5 Uhr 30
Donnerstag, 12. Oktober,	früh	8 Uhr 45
Maskir		10 Uhr
	abends	6 Uhr
Freitag, 13. Oktober,	früh	8 Uhr 45

Die Benützung der Zeitungsmarken wurde von der Post- und Telegraphendirektion in Prag unter Nr. 135.080/VII—1926 bewilligt.
Herausgeber: Ein Konsortium. — Verantwortlicher Redakteur: Moritz Mandl. — Druck von Heinr. Mercy Sohn, Prag.